

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 5. September 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Quertreibereien



Unbegreiflicherweise hat der Abwehrkampf unserer Organisation gegen die den Gemeindearbeitern zuge dachte Lohnkürzung und gegen die in der bekannten Notverordnung vom 5. Juni d. J. verfügten Eingriffe in das Tarifrecht die größte Beachtung in der gesamten Öffentlichkeit gefunden. Nachdem die erste Etappe dieses Abwehrkampfes überwunden ist, wäre es eigentlich sehr interessant, die Kommentare zusammenzustellen, die dem Ergebnis unserer Abwehraktion in der Presse gewidmet worden sind. Augenblicklich wollen wir uns jedoch auf die Festhaltung zweier Vorgänge beschränken.

Die „Kölnische Volkszeitung“ bringt in ihrer Abendausgabe vom Dienstag, dem 25. August 1931, einen Leitartikel, überschrieben: „Zweierlei Maß bei der Notverordnung“. In diesem Artikel wird an einer Stelle erklärt:

„Die bekannte große Notverordnung vom 1. Juli verfügt die Senkung der Gemeindearbeiterlöhne spätestens zum 1. Oktober. Diese Löhne, die schon seit langem überhöht sind, sollen auf den Stand der Reichsarbeiterlöhne herabgesetzt werden. Die Verhandlungen um die Durchführung dieser Bestimmung sind nunmehr abgeschlossen. Ihr Ergebnis ist aber eine Umgehung der Notverordnung. Die Löhne der Gemeindearbeiter sind vorläufig nur um 4 Proz. gekürzt worden. Die endgültige Lösung ist vertagt worden. Die Macht der Gewerkschaften hat sich als stärker erwiesen als die Autorität der Notverordnung.“

Weiter wird in dem Artikel ausgeführt:

„Auch wenn man die Sachlage materiell betrachtet, ist diese Nachgiebigkeit gegenüber den Gemeindearbeitern schwer verständlich. Der Unterschied zwischen deren Löhnen und denen der Reichsarbeiter beträgt 9 Proz. Die jetzige Senkung beträgt also nicht einmal die Hälfte dieses Unterschiedes. Außerdem standen die Löhne der Gemeindearbeiter schon seit 1927 wesentlich höher als die Löhne der vergleichbaren Industriearbeiter, ganz abgesehen von der unvergleichlich höheren Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Beständigkeit der Beschäftigung.“

Sehen wir davon ab, daß die Behauptungen der „Kölnischen Volkszeitung“ über die Löhne der Gemeindearbeiter nicht stimmen, und lassen wir den Leitartikel der „Kölnischen Volkszeitung“ mit seinen Schmähen, daß „die Löhne der Gemeindearbeiter vorläufig nur um 4 Proz. gekürzt worden sind“, und seinem geoffenbarten Bedauern über „die Nachgiebigkeit gegenüber den Gemeindearbeitern“ allein. Die Meinungen über diesen Diskussionsgegenstand sind nämlich sehr geteilt. Wo hinaus will eigentlich die „Kölnische Volkszeitung“? Wenn in ihrem Leitartikel so ostentativ und wiederholt die Autorität der Notverordnungen betont wird, dann sind gewisse Hintergedanken unverkennbar.

Ganz anders als in der „Kölnischen Volkszeitung“ rauscht es in dem Blätterwald der dem Stahlhelm verbündeten Kommunistischen Partei. Die bekannten Hyänen des Schlachtfeldes gehen wieder einmal um. „Verrat!“ brüllen die RGO-

Apostel, und die Moskauer Gazetten der KPD, tischen ihren gläubigen Lesern die absurdesten Geschichten über die Gemeindearbeiterbewegung auf. Wer diese Schauermärchen für bare Münze nimmt, muß es sich gefallen lassen, als hoffnungsloser Fall angesehen zu werden.

Die sogenannte RGO., die in ihrer Gesamtheit nichts anderes ist als eine Agitationsfiliale der nach dem preußischen Volksentscheid politisch bankrotten KPD., glaubt Zeit und Umstände für gegeben, einen neuen Krämerladen in Gestalt des „Einheitsverbandes der Gemeinde-, Staats- und Verkehrsarbeiter“ aufmachen zu können. Einen RGO., „Einheitsverband der Seeleute“ gibt es auch. Das Gründen solcher „Einheitsverbände“ wird bei den Kommunisten im Handumdrehen besorgt. Nur kommen die Gefolgsmannschaften des Reitergenerals Thälmann vor lauter Spaltungsarbeit nicht zur Einheit. Die KPD. spielt eben gegenwärtig mit besonderer Virtuosität die beschämende Rolle, die ihr seinerzeit das Kapitalistenblatt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zugeschrieben hat, nämlich: „Die nützliche Funktion innerhalb des kapitalistischen Staates auszuüben, als Pflanzfleisch im Fleische der Arbeiterbewegung zu wirken“.

Daß die „DA3.“ beileibe nicht geflunkert, sondern die Rolle der KPD. und ihrer famosen RGO. durchaus zutreffend charakterisiert hat, wird nach dem Bündnis der KPD. mit den Stahlhelm- und Hitler-Faschisten beim Volksentscheid in Preußen aufs neue bestätigt durch folgende Erklärung des Zentralkomitees der KPD. vom 11. August 1931:

„Der Einfluß der Lohnabbauergewerkschaften, des ADGB, muß zerbrochen werden, um den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu führen. Wir geben die Parole aus: Im Volksentscheid ging es gegen das Preußenbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter — jetzt geht es gegen das Gewerkschaftsbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter. Wir verstärken unsere Arbeit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, um die gemeingefährlichen Verbrecher an der Spitze des ADGB, die als bezahlte Unternehmeragenten immer neuen Lohnraub und Massenverelendung organisieren, einflußlos zu machen. Die Lohnabbauergewerkschaften stehen vor einer schweren Krise. Die Bestrebungen breiter Mitgliedermassen und ganzer Belegschaften zur massenhaften Beitragsperre müssen tatkräftig unterstützt und zum Uebertritt in die RGO. gesteigert werden.“

Wir versagen es uns, dieser Schamlosigkeit auch nur ein kritisches Wort zu widmen. Aber niedriger wollen wir sie hängen. Unsere Kollegen wissen jetzt, was sie von der RGO. zu halten haben. Nur eine Antwort kann es darauf geben: Den hinterhältigen RGO.-Dolchstößlern einen kräftigen Fußtritt! Die schwerkämpfenden Gemeindearbeiter verpflichten uns aber zu verstärkter Werbearbeit für den Gesamt-Verband!

A. Reifner.

Handbemerkungen

Es ist in dieser bitteren Zeit nicht leicht, satirisch zu werden, und doch reizen die täglichen Vorgänge des politischen und wirtschaftlichen Lebens dazu. Als kürzlich der „Wahre Jacob“ ein Bild brachte: Die „Wirtschaftsführer“ Deutschlands an einem Konferenztisch sitzend; der leere Kopf ist aufgeklappt und enthält als einzigen Gedanken das Wort „Lohnabbau“, hat er damit das neue Wirtschaftsprogramm, das der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Herle, in der „Kölnischen Zeitung“ dieser Tage veröffentlichte, vorgeahnt. Es soll nämlich der Weg der Selbsthilfe beschritten werden durch Sparbarkeit auf Kosten der Massen und des Staates. An eine Senkung der Kartellpreise oder an einen sonstigen Abbau der ungeheuerlichen Preispolitik denken weder Herr Dr. Herle noch seine Gefolgschaft. Vielmehr soll die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Ausland dadurch wieder hergestellt werden, daß man noch niedrigere Löhne und Gehälter zahlt. Das wäre ein regelrechtes deutsches Dumping, was logischerweise zu Abwehr-

Wenn wir freilich der neuen Verordnung der Staatsregierung in ihrem Wortlaut nachgehen, wonach auch Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ermächtigt sind, Notverordnungen herauszugeben, die eine „Selbstsanierung“ der Länder- und Gemeindefinanzen herbeiführen sollen, so sieht die Sache sowohl für die Gemeindearbeiter als auch für die Beamten recht gefährlich aus. Es gilt daher nach wie vor, auf der Wacht zu stehen, damit hier nicht erneut ein Angriff erfolgt, dem die Arbeitnehmerschaft nicht gewachsen ist. * * *

Wenn es in diesen trüben Zeiten immerhin so etwas wie einen Trost gibt, daß andere Kreise außerhalb der klassenbewußten Arbeitnehmerschaft auch finanziell schwer mitgenommen werden können, so ist es der Vorgang vom „Deva-Heim“, der durch alle Zeitungen gegangen ist, so daß unsere Leser wohl die Einzelheiten kennen dürften. Die „höheren Instanzen“ im evangelischen Kirchenrat haben den armen christlichen Sparern eine böse Suppe eingebracht. Millionen sind von den Herren Pastoren verschleudert worden, und der Zusammenbruch ist so enorm, daß das Ende der Korruptionsaffären, die damit in Verbindung stehen, noch gar nicht abzusehen ist. Hoffentlich wird nun dieser Augiasstall einigermaßen gereinigt. * * *

In der Außenpolitik hat sich für die sozialistische Internationale im allgemeinen und für die deutsche Arbeiterschaft im besonderen eine unerfreuliche Situation herausgestellt durch die Notwendigkeit des Ausscheidens der Arbeiterregierung in England. Die jetzt neu gebildete „Nationale Regierung Macdonald“ hat nur noch vier Arbeiterpartei, vier Konservative und zwei Liberale. Man will angeblich nur so lange zusammen regieren, bis das englische Pfund gesichert ist. Und Macdonald hat in einer durchaus ernst zu nehmenden Rede erklärt, daß er es für seine heilige Pflicht halte, die Währung des Landes zu sichern, um dann aus dieser Regierung zu scheiden. Die erste Ankündigung eines Abbaus der Arbeitslosenunterstützung um 10 Proz. ist jedenfalls wenig verheißungsvoll, und es erscheint uns durchaus richtig, daß die englische Arbeiterpartei und die englischen Gewerkschaften diesen Schritt von sich aus nicht mitgemacht haben. * * *

Wenn unsere Leser diese Zeilen in die Hände nehmen, ist bereits ein erheblicher Teil jener Tagung vorüber, die als die bedeutungsvollste für jeden deutschen Gewerkschafter gelten muß: Der Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. Gewiß ist es in gegenwärtiger Zeit schwer, Richtlinien und kurzfristige Maßnahmen zu schaffen, die sowohl die Schwierigkeiten in der Wirtschaft wie auch in den Finanzen soweit beheben, daß die Arbeiterschaft wieder aufzuatmen vermag. Wir müssen aber daran erinnern, daß auch in trüben und bösen Zeiten der zielbewußte Gewerkschafter sich von seinen grundsätzlichen Anschauungen nicht durch irgendwelche Demagogien abbringen läßt. Der Weg für ihn ist klar erkannt; er muß ihn auch in schweren Zeiten gehen. * * *

So erwarten wir immerhin vom Frankfurter Gewerkschaftskongreß, daß er die Zuversicht aller Gewerkschaftsmitglieder stärkt für den zielklaren Weg zu einer Umgestaltung des jetzigen ungeheuerlichen kapitalistischen Wirtschaftssystems in eine Demokratie der Wirtschaft, von der Plan und Ziel in Produktion und Finanzen zu schaffen ist. Gewiß sind diese Probleme internationaler Natur, aber manches von deutschem Wirtschaftselend könnte doch erheblich gemildert werden, wenn unsere programmatische Forderung zur Durchführung gelangen könnte. Deswegen muß jeder Gewerkschafter sich mit dieser Tagung bekanntmachen, ihre Ergebnisse studieren und dafür sorgen, daß unsere Grundsätze in den weitesten Kreisen des Volkes allmählich besseres Verständnis und Anerkennung finden; denn nur so können wir uns den Weg aus wirtschaftlicher Not und finanzieller Zwangslage schaffen. E. D.

Die Nazis abgerutscht!

Dem nationalsozialistischen „Hamburger Tageblatt“ ist eine Gelegenheit entgangen, gegen die „Gewerkschaft“, das Organ des Gesamtverbandes, zu hetzen. Es wäre zu schön gewesen, in ihrem Nazijargon der „marxistischen Journaille“ eins auszuwischen.

„Wir (Nationalsozialisten) erklären uns gegen jeden Lohnabbau, der unter dem heutigen System eingeführt wird.“ Wir bauen die Löhne erst im Dritten Reich ab und dafür dann um so gründlicher. — So haben wir in Nr. 13 der „Gewerkschaft“ unter dem Stichwort „Gewerkschaftler, Augen auf!“ geschrieben.

Ein ahnungsvoller Engel von Setzer hat das Schlusszeichen anstatt hinter den ersten an den Schluß des zweiten Satzes gesetzt und damit die heimlichsten Gedanken der Nazis aller Welt preisgegeben.

Deshalb sandte uns das „Hamburger Tageblatt“ unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes eine Berichtigung, die wir abdrucken ablehnten, dafür aber den wirklichen Sachverhalt in Nr. 17 der „Gewerkschaft“ darstellten. Damit unzufrieden, lief das Nazi-Blatt zum Kadi. Der Generalkstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin teilt aber jetzt mit, daß er das Vorverfahren gegen uns eingestellt habe. Damit ist die Nazi-Aktion verpufft.

Es ist in dieser bitteren Zeit nicht leicht, satirisch zu werden, und doch reizen die täglichen Vorgänge des politischen und wirtschaftlichen Lebens dazu. Als kürzlich der „Wahre Jacob“ ein Bild brachte: Die „Wirtschaftsführer“ Deutschlands an einem Konferenztisch sitzend; der leere Kopf ist aufgeklappt und enthält als einzigen Gedanken das Wort „Lohnabbau“, hat er damit das neue Wirtschaftsprogramm, das der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Herle, in der „Kölnischen Zeitung“ dieser Tage veröffentlichte, vorgeahnt. Es soll nämlich der Weg der Selbsthilfe beschritten werden durch Sparbarkeit auf Kosten der Massen und des Staates. An eine Senkung der Kartellpreise oder an einen sonstigen Abbau der ungeheuerlichen Preispolitik denken weder Herr Dr. Herle noch seine Gefolgschaft. Vielmehr soll die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Ausland dadurch wieder hergestellt werden, daß man noch niedrigere Löhne und Gehälter zahlt. Das wäre ein regelrechtes deutsches Dumping, was logischerweise zu Abwehr-

Inzwischen hat sich auch Dr. Brüning über den kommenden Winter ausgelassen in einem „Interview für Amerika“. Er erklärt darin, daß wir vor dem schwersten Winter seit hundert Jahren stehen. Vorbedingung zur Wiedergenesung seien sowohl Wirtschaftsfriede als auch politische Ruhe. Es müsse über das noch in weiter Ferne liegende zehnjährige politische Moratorium zwischen Frankreich und Deutschland eine Verständigung für konkrete Wirtschaftsfragen, in erster Linie über Zölle und internationale Kartelle, angestrebt werden. Selbst über die Frage des Panzerschiffes B könne dabei geredet werden, da man nicht an Daten gebunden sei. Wenn sich die Konjunktur weiterhin so verschlechtert, werden wir in Deutschland im nächsten Winter mit sieben Millionen Arbeitslosen rechnen können. Es müsse also unter allen Umständen für weitere Arbeitsbeschaffung gesorgt werden. Brüning erklärte, daß man entschlossen sei, eine Senkung der Kartellpreise herbeizuführen, und kündigte auch eine bevorstehende Reichsaufsicht über die Banken an, womit aber beileibe nicht der Gedanke eines „Staatskapitalismus“ in Verbindung zu bringen sei. Das Brüning-Programm ist sowohl in seinem Ausmaß als auch in seiner Art recht unzulänglich. Wir hoffen, daß es den Vertretern der Arbeiterschaft gelingen wird, in diese dünne Suppe etwas Genießbares hineinzuatzen, so daß auch die Massen endlich einmal eine gewisse Erleichterung zu fühlen bekommen; denn das jetzige System des fortgesetzten Lohnabbaus kann auf die Dauer naturgemäß nicht durchgeführt werden und muß zu unerträglichen Verhältnissen führen, während die volkswirtschaftliche Entwicklung weiter dabei zurückgeht. * * *

Die Presse zum Lohnkonflikt in den Gemeinden

Bei der Schilderung des Verlaufs und des Ausgangs der zentralen Lohnverhandlungen zwischen unserem Gesamt-Verband und dem christlichen Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe mit dem Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände und dem R.A.M. haben wir bereits betont, daß die gesamte sozialdemokratische Presse in der weitest gehenden Weise diesen Kampf der Gemeindearbeiter unterstützt hat. Besonders der „Dorwärts“ war es, der die falschen Ausstreuungen der bürgerlichen Presse über die angeblich zu hohen Löhne der Gemeindearbeiter zurückwies und mit vielem Material die Gemeindearbeiterlohnverhältnisse in das rechte Licht stellte.

Anders die K.P.D.-Presse. Sie hat nicht nur während der zentralen Verhandlungen ihre üblichen Quertreibereien und Schimpfereien auf die Gewerkschaften betrieben, sondern sie läßt jetzt, nach dem Abschluß der Verhandlungen wieder ihr obligates Derratsgeschrei ertönen. Dabei hat doch gerade ihre angeblich „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ keinen Finger gerührt, als die gewerkschaftlichen Verhandlungskommissionen nahezu zwei Wochen lang mit dem Reichsarbeiterverband und dem R.A.M. um die Löhne der Gemeindearbeiter und Straßenbahner rangen. Erst als die zentralen Verhandlungen sich ihrem Ende näherten, verkündete die R.G.O., daß sie die Köpfe der Gemeindearbeiter revolutionieren wolle und berief in Berlin eine Versammlung ein. Als besonderen Schwindel verbreitete die K.P.D.-Presse noch die Mär, daß Kollege Ortman in seiner Eigenschaft als unbefolgter Stadtrat im Berliner Magistrat Mitglied des Reichsarbeiterverbandes sei und dort gegen die Gemeindearbeiter wirke.

Nicht besser war die angeblich gewerkschaftsfreundliche „K.P.D.-Opposition“. Ihr Blatt „Arbeiterpolitik“ holte sich zwar in unserem Verbandsbüro sehr ausführliche Informationen über den Gang der Verhandlungen, trotzdem schimpfte es andauernd über angebliche Geheimnistuerei der Gewerkschaftsbürokratie, die die Verbandsmitglieder im unklaren lasse. Dabei strafte ein Blick in unsere „Gewerkschaft“ und in die sozialdemokratische Presse das Blatt Lügen. Heute schimpft es mit der „Roten Fahne“ und ihren Schwestern um die Wette über den „Derrat“ der Gewerkschaftsbürokratie. — Wird der Ausgang der zentralen Lohnverhandlungen von der kommunistischen Presse aller Schattierungen, mit vielem Geschimpf und Geschrei auf die „Gewerkschaftsbosonen“, als eine Niederlage der Gemeindearbeiter und Straßenbahner hingestellt, so rätioniert die Presse der Schwerindustrie über das Zurückweichen der Arbeitgeber und der Reichsregierung. Im heutigen Leitartikel zitieren wir bereits die „Kölnische Volkszeitung“ in diesem Sinne. Während der Verhandlungskampagne war es neben der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ besonders das Berliner Organ der Schwer-

industrie, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die andauernd versuchte, Arbeitgeber und Regierung scharf zu machen, in diesem Lohnkampfe nicht nachzugeben. Als aber die Würfel am 22. August gefallen waren, schrieb das Scharfmacherblatt am 23. August ingrimmig:

„Es ist nicht zu leugnen, daß diese Regelung sachlich als ein mäßiges Kompromiß, politisch als ein Zurückweichen vor der Sozialdemokratie zu werten ist. Statt die für richtig gehaltene Senkung jetzt durchzuführen, hat man sich auf eine etappenweise Erledigung eingelassen, und während alle anderen Schichten der Bevölkerung die durch Notverordnung geforderten Opfer auf sich nehmen mußten, ist es den Gemeindearbeitern gelungen, die sie betreffende Notverordnung abzumildern. Das ist ein wirtschaftlich und politisch sehr bedenklicher Präzedenzfall.“

Wenn wir auch aufs tiefste bedauern, daß es nicht möglich war, jeglichen Lohnabbau zu verhindern, weil der „Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands“ durch die „berühmte“ Notverordnung vom 5. Juni 1931 zum Lohnabbau geradezu gezwungen wird, und hinter ihm die Reichsregierung mit allen staatlichen Machtmitteln stand, so müssen wir aber doch sagen, daß die Auslassungen der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ganz anders klingen, als das Gekreisch der „Roten Fahne“ und ihrer Schwestern aus der Provinz. Denn ein Zurückweichen von Arbeitgeberverband und Regierung war es doch, als sie nicht mehr auf absoluter Angleichung an die Reichsarbeiterlöhne bestanden, die endgültigen Verhandlungen in die Bezirke verlegten und die Fürsorgearbeiter aus diesem Lohnkonflikt herausnahmen. Die Lage der Gemeindearbeiter ist jetzt ähnlich wie die der preußischen Armee nach der Schlacht bei Lützen am 2. Mai 1813. Napoleon hatte mit seinem stärkeren Heere über das schwächere preußische unter Blücher und Gneisenau einen Sieg errungen. Die Preußen fühlten sich aber keineswegs geschlagen, sondern zogen sich in Ordnung bis hinter die Elbe zurück und sammelten frische Kräfte zu neuem siegreichen Vorstoß. Blücher rief damals seinen Soldaten zu: „Wer jetzt retiriert, der ist ein Hundsfott!“ Auch die Gemeindearbeiter und Straßenbahner fühlen sich nach dem 22. August nicht geschlagen. Auch sie verlassen nicht hundsöttisch die Fahne des Gesamt-Verbandes, sondern auch sie werden jetzt ihre Kräfte sammeln und zu gegebener Zeit siegreich vorstoßen wie 1813 die Preußen an der Kaßbach, bei Großbeeren, Dennewitz und Leipzig und werden von dem Gegner mit Zinsen zurückholen, was sie jetzt verloren.

Treue dem Verband gehalten, nicht in den Schmollwinkel gestellt, aber neue Mitglieder werben und den Abwehrkampf führen gegen alle Widersacher der Gewerkschaften, das ist jetzt Parole und Aufgabe aller Verbandsmitglieder!

G. Renner.

Kurzfristig — kurzfristig!

Im Mittelpunkt des zusammenfassenden Berichtes, den die von der Londoner Konferenz bestellte Sachverständigenkommission auf Grund ihrer Baseler Beratungen der Öffentlichkeit unterbreitete, steht die Schilderung der verzweifeltsten Lage, die in Deutschland und in anderen Ländern durch die kurzfristige Verschuldung im Innern und im Ausland heraufbeschworen wurde. (Selbst ein so reiches Land wie England war durch seine kurzfristige Verschuldung bedroht. Sein Goldvorrat und seine Währung waren gefährdet. Durch seine 1,6 Milliarden Mark Anleihen in Frankreich und Amerika dürften jetzt allerdings die größten Schwierigkeiten behoben sein.) Damit wurde in die einzelnen Volkswirtschaften und die gesamte Weltwirtschaft ein Moment stärkster Unsicherheit getragen, das die wichtigsten Hilfsmittel, das Geld- und Kreditwesen, bedroht und die Wiederaufnahme der in der Krise erschütterten Produktion und die Steigerung des zusammengekrumpften Verbrauchs verhindert.

Diese Kurzfristigkeit nicht allein der Wirtschaftskredite, sondern auch aller internationalen und binnenwirtschaftlichen Beziehungen ist mit ein Grund dafür, daß der Kapitalismus nicht fähig ist, die Welt aus ihrer katastrophalen Krise herauszuführen, ja, daß diese immer mehr in die Krise verstrickt wird. In dieser Kurzfristigkeit der wirtschaftlichen und kreditpolitischen Beziehungen offenbart sich eine Kurzfristigkeit der kapitalistischen Führung der Wirtschaft, die zum Verhängnis wird und die für die Unfähigkeit ihrer Führer ein beredtes Zeugnis ablegt.

Kurzfristige Wirtschafts- und Finanzpolitik führte in Deutschland und in anderen Ländern zur kurzfristigen Verschuldung und zu kurzfristigen Wirtschaftsbeziehungen im In- und Ausland. Die innere Verschuldung in Deutschland erfolgte sowohl in der öffent-

lichen wie in der privaten Wirtschaft aus solcher Kurzfristigkeit. In der öffentlichen Wirtschaft durch zwei Akte der Kurzfristigkeit: durch künstliche Fernhaltung der langfristigen Anleihen in einer Zeit, als solche noch angeboten wurden — das haben wir vor allem der „gegenständlichen“ Tätigkeit des Reichsbankpräsidenten Schaack zu verdanken, und auf der anderen Seite dadurch, daß unterlassen wurde, der öffentlichen Hand Steuermittel zur Bestreitung ihrer dringendsten Ausgaben (Wohlfahrtsfürsorge!) zur Verfügung zu stellen. In der privaten Wirtschaft hat die Politik der Banken, und der Großunternehmungen in Verbindung mit den Kartellen: das Aktienwesen zerschlagen und so die Mehrzahl der Unternehmungen gezwungen, kurzfristige Bankkredite in Anspruch zu nehmen. Die Folge war die starke Überlastung des Kreditwesens und das Einfrieren von Krediten, die in Wirklichkeit keine Betriebs-, sondern Anlagekredite waren und die daher in der Krise zum großen Teil abgeschrieben werden mußten. Kurzfristigkeit der Wirtschaftsführer verursachte hier eine starke Krise des Kreditwesens, die dann auch für die Kündigung der kurzfristigen Auslandskredite mitverantwortlich war. Diese Kündigungen selbst sind — sofern sie nicht politisch bedingt waren — ebenfalls Handlungen der Kurzfristigkeit. Da kein Land in der Lage ist, die umfangreichen kurzfristigen Kredite plötzlich zurückzuzahlen, erzeugten diese Kündigungen nur die Erschütterung des Vertrauens in den nationalen und internationalen Kreditbeziehungen. In den Schuldnerländern stifteten sie unsäglichen Schaden, den Gläubigern selbst aber verhalfen sie nicht zu ihrem geliehenen Geld, sondern die Kündigungen haben auch dort nur zur Steigerung der Verwirrung und Häufung der Schwierigkeiten beigetragen.

In Basel selbst wurde die „Stillhaltung“ für die kurzfristigen Schulden Deutschlands auf sechs Monate beschlossen. Was nach Ablauf dieser Zeit kommt, darüber besteht völlige Unklarheit, obwohl die Unmöglichkeit der Rückzahlung nach dieser Frist feststeht. Wie soll sich die Wirtschaft mit der drückenden Unsicherheit im Rücken erholen?

Kurzfristig war auch die Regelung der Reparationsfrage im Hoover-Plan. Ein Zahlungsausschub für ein Jahr, wo doch feststeht, daß die durch Wirtschaftskrise geschwächte und durch die Kreditkrise noch besonders erschütterte deutsche Wirtschaft die gewaltigen Reparationsleistungen — selbst bei einiger Besserung der Wirtschaftslage — noch lange Zeit nicht tragen kann.

Die Auslandsanleihen werden kurzfristig gewährt, da das Vertrauen zu langfristigen Anleihen fehlt. Die gewaltigen politischen Spannungen und die Steigerung der Rüstungsausgaben haben das Vertrauen, das zur Gewährung langfristiger Anleihen erforderlich ist, bei den Völkern untergraben.

Die Währungen einer großen Anzahl von Ländern geraten in Unordnung, nachdem es jahrelanger Bemühungen bedurft hatte, sie wieder aufzurichten — zu stabilisieren. Die Behebung des Daluta-Chaos, das neue schwere Störungen in die aus ihren Fugen kommende Weltwirtschaft hineinzutragen droht, wäre nur mit Hilfe langfristiger Maßnahmen möglich — die kurzfristige Kurzsichtigkeit versagt auch auf diesem Gebiet!

Nicht anders steht es mit anderen internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Kurzfristig sind die Zölle, die jeden Augenblick er-

höht werden, die Handelsverträge laufen kurzfristig ab und erfahren stets neue Verschärfungen, die internationalen Wirtschaftsabkommen, die ohnehin spärlich und eng genug sind, erstrecken sich auf kurze Zeit.

Sogar die internationalen Kartelle, die zwar zur Entfaltung der Produktivkräfte völlig ungeeignet sind, die jedoch dem Zwecke dienen sollen, die halsabschneiderische Konkurrenz auf dem Weltmarkt einzuschränken, sind kurzfristig und gehen in der Krise, eines nach dem anderen, in die Brüche.

Es zeigt sich derart auf allen Gebieten der internationalen Beziehungen eine völlige Plan- und Kopflosigkeit. Zur Befestigung der Wirtschaftsbeziehungen bedarf es langfristiger Planung und Voraussicht, soll Bestand und Sicherheit gewährleistet sein. Der Kapitalismus, befangen im Profitstreben, das den Kampf aller gegen alle herausbeschwört, hat nicht die Kraft und auch nicht den ersten Willen, durch Schaffung langfristiger Beziehungen und Bindungen die Wirtschaft wieder aufzurichten. Gelingt es ihm nicht, im letzten Augenblick noch, mit Selbstverleugnung solche Kräfte aufzubringen, so kann die weitere Verelendung der Massen nicht verhütet werden. Der Erbe der kapitalistischen Wirtschaft, der Sozialismus, könnte über eine solche Gestaltung der Dinge frohlocken, wenn nicht Gefahr drohte, daß bis zu seinem Einzug in die Weltwirtschaft wertvollste Massenkraft, die den Sozialismus verwirklichen sollen, im Wirtschaftschaos untergehen. A. H.

Schenkervertrag vor den Toren?

Es ist lange still gewesen um den Schenkervertrag, mit dem Anfang Februar dieses Jahres die deutsche Öffentlichkeit und alle Beteiligten durch die Reichsbahngesellschaft überrascht worden waren. Ohne die Reichsregierung zu befragen, wollte die Reichsbahn die bahnamtliche Spedition bei einheitlichem billigen Kollgeldsatz in den Händen einer Tochtergesellschaft des Schenkerkonzerns vereinigen und den mit der Eisenbahn zusammenarbeitenden Speditoren einschneidende Bedingungen (Verkehrswerbung, Mitteilungen über Gütertransporte, Verbot des Güterfernverkehrs mit Kraftwagen ohne Genehmigung der Reichsbahn und unter den Eisenbahntariffüssen usw.) auferlegen. Der Protest des Reichstages hat damals den Reichsverkehrsminister veranlaßt, gegen das selbstherrliche Vorgehen der Reichsbahngesellschaft Widerspruch zu erheben und die weitere Behandlung der durch den Schenkervertrag aufgeworfenen Fragen selbst zu übernehmen. Es haben nun in der Zwischenzeit Auseinandersetzungen zwischen Reichsverkehrsministerium und Reichsbahn stattgefunden; die Interessenorganisationen der Unternehmer sind gehört worden; gewisse Änderungen sind geplant gewesen, ohne daß jedoch Einzelheiten und Endgültiges verlautbar wurden; monatelang hat die Ministerialbürokratie Stillschweigen bewahrt.

Wie es scheint, ist die Angelegenheit des Schenkervertrages jetzt in ein neues Stadium getreten. Die Finanznöte der Reichsbahn, die in der letzten Juliwoche 1931 arbeitstäglich 108 100 Güterwagen stellte gegen 126 400 im Vorjahre, drängen das Verkehrsministerium zu einer Entscheidung. Es wird offen davon gesprochen, daß man die Fragen in kürzester Frist durch eine Notverordnung zu lösen beabsichtigt. Und zwar soll diese Notverordnung umfassen: 1. den revidierten eigentlichen „Schenkervertrag“, 2. ein Kraftverkehrsgesetz für den gewerblichen Ueberlandtransport von Personen und Gütern und 3. eine Ermäßigung der obersten drei Eisenbahntariffklassen. Die Senkung der oberen Tariffklassen ist schon Ende Mai von der Ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnverwaltungen in Eisenach festgesetzt worden. Sie wird durchschnittlich in Klasse A 20 Proz., in Klasse B 3,6 Proz. und in Klasse C 1,4 Proz. betragen. Das Kraftverkehrsgesetz ist in seinen Grundzügen bekanntgeworden. Es sieht die Konzessionspflicht für den gewerblichen Kraftwagenverkehr, bei Gütertransporten dann, wenn der Unternehmer über eine 50-Kilometer-Grenze außerhalb des Versandortes fahren will. Vor allem aber soll es dem Reichsverkehrsminister aufgeben, die Beförderungspreise für den Autogüterfernverkehr einheitlich für das ganze Reich in Anlehnung an die Reichsbahntarife zu bestimmen. Am undurchsichtigsten ist jedoch noch immer die zukünftige Gestaltung des „Schenkervertrages“. Es heißt, daß der Schenkervertrag nunmehr nur für die bahnamtlichen Speditoren, nicht aber für die anderen von den Bahnspeditoren herangezogenen Fuhrunternehmer gelten soll. Auch scheint den Speditoren eine Erhöhung ihrer Provisionsätze zugestanden worden

zu sein. Ferner wird behauptet, daß die Reichsbahngesellschaft den Schenkerkonzern erworben hat und somit das große Bedenken gegen einen Monopolvertrag mit einer Privatfirma gegenstandslos würde.

Mit dieser Notverordnung für das Transportgewerbe will man die Konkurrenzkraft der Eisenbahn gegen den Kraftwagen stärken. Der Reichsbahn soll aufgegeben werden, mit dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen die etwa 400-K-Tarife aufzuheben. Das wäre zweifellos ein Vorteil. Ueber den Gesamtkomplex des geplanten Notverordnungswerkes ist ein Urteil solange nicht möglich, als vom Reichsverkehrsministerium auf eine Information der Öffentlichkeit verzichtet wird. Es ist dringend zu fordern, daß die Geheimnisträumerei in dieser Sache aufhört. Oder wird uns auch hier auf Notverordnungswege ein Erzeugnis der Bürokratie beschert werden, das wie so manches andere die freie Kritik zu scheuen hat? Am besten wäre es, man würde den Artikel 48 für den Schenkervertrag und die Nebengesetze nicht bemühen, sondern ihre gesetzgeberische Erlebigung dem Reichstag überlassen, der ja Mitte Oktober zusammentritt.

Dr. Friedrich Hertneck.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die Noterdeckung bei der Reichsbank durch Gold und Devisen hat sich von 39,7 auf 41,5 Proz. erhöht.

Berlin zählt gegenwärtig allein 475 000 Arbeitsuchende.

Das Sparprogramm Berlins sieht große Einschränkungen der kommunalen Arbeit vor, die sich auf die Gebiete des Personal- und Sachauswands, Bauwirtschaft, Schulwesen und Wohlfahrtspflege erstrecken. Die Sparmaßnahmen sollen den Betrag von 30 Millionen Mark ergeben.

Die Notverordnung vom 26. August gibt den Landesregierungen das Recht, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden erforderlichen Schritte im Verordnungswege vorzuschreiben. Insbesondere kann verordnet werden, in welcher Weise die Personalausgaben und andere Ausgaben herabzusetzen sind.

Bayern hat eine Notverordnung zum Ausgleich des Haushalts erlassen. Zur Befestigung des 28,6-Millionen-Defizits im ordentlichen Haushalt werden 11 Millionen neue Steuern und 17,6 Millionen Einsparungen angeordnet.

Die englische Regierung Macdonald ist am 24. August zurückgetreten, nachdem die Arbeitervertreter im Kabinett einem Abbau der Sozialleistungen nicht zugestimmt haben. Die neue Regierung Macdonald setzt sich aus vier Vertretern der Arbeiterschaft, 4 Vertretern der Konservativen und 2 Liberalen zusammen.

Die Labour Party in England ruft in einem Manifest die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Sparmaßnahmen der Regierung auf. Die Unterhausfraktion der Labour Party hat sich am 28. August den Beschlüssen der Gewerkschaften und der Leitung der Arbeiterpartei gegen die Regierung Macdonald angeschlossen. Gegen 6 Stimmen wurde Henderson an Stelle Macdonalds zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

Französisch-amerikanischer Kredit von je 800 Millionen Mark ist in der vergangenen Woche für England abgeschlossen worden.

Maschine, Reservearmee, Endkampf

Immer mehr wird die Maschine zur Produktion verwandt. Wurde früher ein Kapital etwa zu 50 Proz. für Arbeitslohn und zu 50 Proz. für Anschaffung neuer Maschinen gebraucht, so geht die Entwicklung dahin, daß für Maschinen jetzt 80 Proz. und für Lohn nur noch 20 Proz. ausgegeben werden. Jede Maschine setzt 10, 20, 30 Arbeiter frei, schaltet sie aus dem Produktionsprozeß aus. Ungeheuer wird die Produktion gesteigert. Es werden Stockungen im Absatz eintreten, noch stärker als bisher, da man ja nicht für den Bedarf, sondern für den Markt produziert, für eine unbekannte Größe also, die sich durch verschiedene Umstände plötzlich verändern kann. Immer mehr häufen sich Kapital und Produktionsmittel in wenigen Händen, immer größer wird die Reservearmee, die hungernd vor den Toren der Fabriken

steht, bereit zu Bedingungen zu arbeiten, die das nackte Leben erhalten. Immer größer wird der Reichtum auf der einen Seite, während sich in Krisenzeiten im gleichen Maße auf der anderen Seite das Elend häuft, die Arbeitsqual, Sklaverei, Brutalisierung und moralische Herabwürdigung. Karl Marx schildert, wie die wertvollen Maschinen möglichst lange laufen müssen und ohne Pause, wie Frauen und Kinder statt Männer diese Maschinen bedienen. Hatte er doch selbst Gelegenheit, das ganze brutale Gesicht des Frühkapitalismus in England zu studieren. Immer ist der Kapitalismus brutal, geht er ohne Gewissensbisse über Leichen und waret durch Blut, immer setzt er seine ganzen Machtmittel ein; denn es geht einfach um seine Existenz, die um so mehr gefährdet ist, je mehr Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie die wirklichen Zusammenhänge sind. Und hinter dieses Geheimnis müssen wir kommen; denn daß Marx die kapitalistische Entwicklung richtig gesehen hat, ist die Waffe, die er der arbeitenden Welt gegeben hat. Er hat uns den Feind gezeigt, wir stehen nicht mehr ratlos einer Macht gegenüber, die wir nur fühlen, aber nirgend packen können. — Aber was tun wir? Wir schimpfen und sind unzufrieden, weil es uns so schlecht geht in der Republik, wir fallen von einem Extrem ins andere und marschieren dadurch auf der Stelle, wenn nicht gar rückwärts. Grinsend steht der Kapitalismus über uns und verschießt seine Giftpfeile. Eine Arbeiterschaft, die sich in mehrere Lager spaltet, wird ihm nie gefährlich. Dergegenwärtigen wir uns, wie die Probleme sich häufen und wie trotz aller Not die gegenseitige Kampfstellung sich geändert hat.

Der Kapitalismus möchte unbeschränkter Herrscher sein, das verlangt sein System. Ungeheure Werte an modernen Maschinen werden stillgelegt, weil der Konkurrenz eine noch modernere Maschine aufgestellt hat. Große Kapitalien wurden in Neubauten angelegt, weil eine plötzliche Markterweiterung erhöhte Produktionstätigkeit verlangte. Diese Neubauten sind wertlos, weil der Markt eines Tages versiegt. Ganze Werke werden stillgelegt und, was das Problem dabei ist, es ist weiterhin Ueberproduktion vorhanden, mindestens entsteht trotzdem kein Mangel an Waren. Auch der Staat könnte durch eine Sozialisierung diese stillgelegten Werke nicht in Gang setzen, eben weil kein Mangel an Ware besteht. Dem Kapitalisten unter die Arme greifen, indem man ihm seine tote Fabrik abkauft, wäre Wahnsinn. Eine daniederliegende Wirtschaft ist für einen Staat kein Objekt zur Sozialisierung, darüber sollte man doch endlich einmal nüchterner in unseren Reihen nachdenken.

„Die Maschinen müssen laufen, möglichst lange, ihr hoher Anschaffungswert verlangt es. Die Arbeitszeit muß also verlängert werden. Eine Maschine nur 6 oder 8 Stunden laufen zu lassen, die mehrere 100 000 Mark gekostet hat, verträgt sich nicht mit dem kapitalistischen System.“ Und was sehen wir? Im Kampf um die Arbeitszeit haben wir Schritt für Schritt gewonnen. Damit nicht genug, Kinder dürfen nicht in Fabriken beschäftigt werden, auch hier ist dem Kapitalismus eine Schranke errichtet. Friedrich

Engels hat uns in seinem Buch „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ ein erschütterndes Tatsachenmaterial hinterlassen von der kapitalistischen Hölle, in der Kinder von 4 Jahren schon 10, 12 Stunden und noch länger arbeiten mußten. Immer ist der Kapitalismus grausam, wo er sich ungehindert entwickeln kann, er ist es auch in Deutschland. Es ist noch keine hundert Jahre her, daß man aus militärischen Gründen die Arbeit für neunjährige Kinder nicht über 10 Stunden ausdehnen wollte, weil man sonst keine tauglichen Soldaten in späteren Jahren hatte.

Nun aber die Reservearmee vor den Toren der Fabriken. Sie ist nicht bereit, zu jeder Bedingung zu arbeiten; denn zwischen ihr und den Beschäftigten besteht eine Verbindung. Beide Teile haben erkannt, daß sie sich gegenseitig helfen müssen, weil sonst der untergehende Teil für den andern zur Gefahr

wird. Unsere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sind die Verbindung, die Beiträge der Unternehmer sind ein Zipfel, den sie von ihrer Macht einbüßen mußten. Ach, der Kapitalismus möchte so gern unumschränkt herrschen, daß er es nicht kann, sondern wohl oder übel irgendwie verhandeln muß, tut ihm unsagbar weh. Die lieber sähe er es, wenn Marx vollständig recht hätte von der im Elend verkommenden Arbeiterschaft. Darin aber hat sich auch Marx geirrt. — Mit einer verelendeten Arbeiterschaft läßt sich kein besseres System aufbauen. Eine hungernde, unwissende Masse läßt sich zur Not aufputschen und würde vom Kapitalismus kurzerhand zusammengeschossen; denn er sieht doch die Dinge und die Rebellion des Hungers kommen, um sich vorzubereiten. Nein, was der Kapitalismus fürchtet, ist nicht der Hunger, sondern der Wille der organisierten Arbeiterschaft. Nicht mehr der einzelne steht ihm gegenüber, sondern die Organisation, er kann nicht mehr „einen gegen den andern“ auspielen und seine Gnade walten lassen. In Konsumvereinen, Baugenossenschaften, Produktionsgesellschaften, in Gemeinde- und

Staatsbetrieben erwachsen ihm Gegner, die ihm an Größe und wirtschaftlicher Erfahrung ebenbürtig und darum gefährlich sind. Auf die Schulungsarbeit der Gewerkschaften sieht er mit wachsender Bitterkeit, es wäre doch so schön, wenn „Er“ weiterhin die Welt einrichten würde.

Immer härter wird der Kampf, leider sind die gegenseitigen Machtverhältnisse noch nicht ausgeglichen. Es hat erst der kleinste Teil der Arbeiterschaft begriffen, daß der organisierten Macht des Kapitals die gleiche Organisation der gegenseitigen Hilfe entgegengestellt werden muß. Uns allen brennt die Zeit auf den Nägeln, leider kommt nichts von selbst, sondern wir müssen arbeiten und kämpfen. Die Werke und Einrichtungen, die der Kapitalismus geschaffen hat, sind gigantisch, wir haben sie zu übernehmen und nach unserem sozialistischen System weiterzuführen, dann wird auch die Maschine nicht mehr der Jammer der arbeitenden Menschheit sein. Die Welt ist voller Probleme, die man nicht mit Redensarten beseitigt oder die nicht deshalb vorhanden sind, weil man sie einfach nicht sehen will. Schwer ist der Kampf, der Kapitalismus wehrt sich mit Nägeln und Zähnen, und wir lassen uns irren machen, wir sind auf dem Wege, durch Zerschlagung unserer Organisation auf der Stelle zu marschieren, ja auch rückwärts. Kommunismus und Nationalsozialismus sind zwei neue Sterne. Ihnen läuft man nach, bis man auch hier wieder enttäuscht wird und wieder von vorn beginnen muß. Nein, nicht neue Sterne helfen uns, sondern lediglich die Vergrößerung unserer Macht, die Stärkung unserer Organisationen.

Ständig wogt der Kampf, es gibt kein Signal zum Beginn einer neuen Schlacht. Sehen wir die Dinge nüchtern an, wir haben vieles zu verlieren und noch alles zu gewinnen. Lassen wir uns nicht irren machen, unser Sieg liegt in der restlosen Organisation aller Arbeitnehmer. Sozialismus ist Entwicklung, die wir nur dadurch beschleunigen können, wenn wir die Dinge erkennen.

Paul News.

Werbung

Ich möchte dich Kollege nennen,
denn zu dem Wert
braucht es auch deine Kraft.
Wie oft hast du dich schon beklagt,
geflucht, gelästert
und das große Wort geführt.
Wir brauchen deine Worte nicht!
Wir brauchen deine Tat!
Wir haben Großes vor in diesen Tagen,
wir wollen Recht und Freiheit
und die Wohlfahrt aller.
Wo Brot ist, soll der Hungernde nicht darben,
wo Kleid ist, soll sich jeder kleiden
und Hände sind bereit das Hand zu rücken,
das auch dem Ärmsten eine Weibe gibt.
Wir haben Großes vor
in diesen schweren Tagen!
Um Brot und Nothdurft,
um die Freiheit, um das Recht
geht unser Kampf!
Und wo die Freude ist,
da wollen wir nicht abseits stehn im Schatten.
Ich möchte dich Kollege nennen,
helf mit,
es braucht auch deine Kraft! *A. Thiele*

Mode, Haushalt und Kleidung

Der tiefere Sinn der Mode ist der, Ausdruck der jeweiligen Zeitströmung zu sein. Alle Bestrebungen, auf irgendeinem Lebensgebiet eine grundlegende Aenderung herbeizuführen, sind von diesem Gesichtspunkt aus zu verstehen. Revolutionäre Epochen äußern sich in Umwälzungen, die bis in Küche und Haushalt dringen. Wirtschaftlich und geistig ruhige Zeiten wirken dagegen stagnierend selbst auf Kochtopf, Hemd und Hofenträger. Daß nach Weltkrieg, politischer Revolution und Frauenbefreiung die gesamte Hauswirtschaft eine Umgestaltung erfahren würde, war vorauszu sehen und ist erklärlich. Die politischen Umwälzungen zeigten uns den Zusammenhang zwischen Einzelwirtschaft, Volks- und Weltwirtschaft. Sie zeigten uns die unlösbare Verstrickung des Einzelgeschicks mit dem Schicksal aller. Der Haushalt mußte seine Isolierung, die ihm das individualistisch eingestellte Bürgertum vorgegeschrieben hatte, aufgeben, um bewußtes Glied einer größeren Gemeinschaft zu werden. Noch stehen wir zwar am Anfang dieser Bewegung. Aber wir sehen, wohin uns der Weg führt.

Die Rationalisierung des Haushaltes, die heute sowohl die Arbeitsstätte wie jedes Stück Hausgerät umfaßt, wird allmählich zu Gemeinschaftseinrichtungen führen, wie Einküchenhaus, gemeinsame Wäschereien mit Trocken-, Mangel- und Plätttraum mit gemeinsamen Erholungsstätten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Es ist nötig, daß die Hausfrauen mehr Einfluß auf die Gestaltung der Wohnungen erhalten, denn nur sie wissen, wie sinnlos Zeit und Kraft durch unzweckmäßige Anordnung der Räumlichkeiten verschwendet werden. Ihr Wirken in den Baukommissionen der Gemeinden ist unbedingt nötig.

Das Zweckmäßigkeitsprinzip hat sich auch auf das häusliche Handwerkzeug zu erstrecken. So lange noch in jedem Haushalt gekocht wird, müssen Arbeitserleichterungen jeder Art für alle Hausfrauen und „Hausmänner“ nötig sein, von der Benutzung des elektrischen Stromes angefangen bis zu den Maschinen, die die Handarbeit des Kochens auf ein Minimum beschränken. Eine große Hilfe kann allmählich die Arbeit des Deutschen Normenausschusses werden: er typisiert Gebrauchsgegenstände und sorgt auf diese Weise für die Beschaffung von Ersatzteilen und Verbilligung. Sein Zeichen ist: DIN! (Deutsche Industrie Norm.) Heute noch kauft die Hausfrau gewöhnlich wahllos, was ihr in die Hände fällt. Ist sie aber ein nachdenklicher Mensch, der mit der Zeit vorwärtschreitet, so wird sie jeden Gegenstand auf Einfachheit der Handhabung, Dauerhaftigkeit, Reinigungsfähigkeit und Billigkeit prüfen. Den Anforderungen der Zeit zu entsprechen, heißt modern sein.

Daß unsere Zeit einen Kampf gegen die Hausgruel, gegen überflüssige Klippes, Häkeldecken und sonstige Staubfänger führt, ist aus unserem Bestreben nach Einfachheit, Ehrlichkeit, Zweckmäßigkeit und aus der Zeiten Not zu erklären. Wir suchen heute die Schönheit in Farbe, Linie und Zweckmäßigkeit. Eine einfache, glatte Steingutschüssel ist, sofern sie ihren Zweck als Kartoffelbehälter erfüllt und nichts anderes vorkäufchen will, tausendmal erfreulicher als eine als Blatt geformte Schüssel, die Porzellan vorkäufcht und schwer zu reinigen ist.

Zwischen Haushalt und Kleidung bestehen enge Verbindungen. Die Kleidung der Hausmitglieder wird ganz wesentlich durch die Art des Haushaltes bestimmt. Heute in der Zeit der Zweckmäßigkeit scheiden wir streng zwischen den verschiedenen Zwecken der Kleidung. Selbst in den einfachen proletarischen Verhältnissen trägt die Hausfrau beim Waschen und Kochen ein derbes, kurzes, waschbares Kleid; das junge Mädchen hat für Kontor und Laden sein Berufskleid und für Wanderungen und Festtage je ein Kleid, das für diesen Zweck geeignet ist.

Die Befreiung der Frau wirkt sich auch bei der Kleidung aus. Das Korsett, das Brust und Hüften besonders hervorhob, das lange Kleid, das sie am freien Ausschreiten, an der Pflege des Sports hinderte und die Hygiene erschwerte, sind fast ganz verschwunden; die heutige Frau will weder „Weibchen“ noch „Untertan“ sein. Wäsche wie Kleider sind gesundheitsgemäßer geworden. Sowohl in Bezug auf die Schwere wie auf die Art. Einzig reformbedürftig bleibt noch das Schuhwerk: der Schuh, der sich dem Fuß anpaßt, hat sich noch nicht durchgesetzt.

Mode, Haushalt und Kleidung zeigen uns sowohl die Verflochtenheit mit den Zeitströmungen wie auch die Abhängigkeit von der kapitalistischen Wirtschaft.

Politik und Mode

Es gehört zu den bahnbrechenden Erkenntnissen, die wir Freud und der Psychoanalyse verdanken, daß wir nun wissen: „Nichts geschieht von ungefähr.“ Das will besagen: nichts, auch das Kleinste, was im seelischen Leben oder in unseren Handlungen in Erscheinung tritt, ist ein bloßer Zufall, etwas, das sein könnte und auch nicht, oder so und anders auch — sondern alles ist von Bedeutung, wenn auch oft fast unerkennbar tiefer Herkunft; alles, auch das scheinbar Kleinste und Geringfügigste, trägt das Zeichen seiner Herkunft an sich, ist Symptom... Und das sowohl im Leben des einzelnen als auch im Leben der Völker und Kulturen.

Gerade jetzt, wo wieder eine Welle reaktionärer Sumpflust über Europa hinwegweht und die Miasmen des Faschismus emporsteigen — gerade jetzt bahnt sich eine Aenderung auf einem Gebiete an, das weit abseits zu liegen scheint von wichtigen Tagesfragen: die weibliche Mode!

Man könnte sagen: was haben die Einfälle auf stets neuen Gewinn bedachter Konfektionäre und der hastlose Abwechslungsdrang einer gewissen Schicht von „Damen und Dämchen“ damit zu tun? Es ist denn doch so: weil heute überall Reaktion Trumpf und große Mode ist — wobei natürlich, wie bei jeder Mode, das Reklamegeschrei, vom Wunsch als Vater des Gedankens ausgeht, größer ist, als das wirkliche Können und Vermögen! —, sehen und spüren wir die Symptome davon auch in der Frauenkleidung.

Sehen wir einmal Vergleiche! Vor dem Kriege: die Frauen im Staate mit Verbrechern und geistig Minderwertigen auf eine Stufe gestellt, ohne Wahlrecht; einer doppelten Moral unterworfen in sexueller Beziehung; in tausend Dingen des Alltags, des Berufslebens gehemmt, eingeschränkt durch geradezu lächerlich kleinliche Vorschriften: „Das schickt sich nicht, das paßt nicht für Frauen.“ Ja nicht zuviel Bewegungsfreiheit, auch in geistiger Beziehung: die Frauen sollten nur hübsch zum Vergnügen der Männer auf der Welt sein, wenn sie den besitzenden Klassen — und als Arbeitstiere, wenn sie dem Proletariat angehörten. Zuviel Denken war vom Uebel. Und für alles, was man der Frau nicht gönnte, hatte man das Schlagwort „unweiblich“ erfunden.

Parallel damit lief eine Mode, die wie die Objektivierung derartiger Ideenmißgeburten aussah. Der Körper eingengt: Korsetts, gesüßterte Kleider, lange Röcke, die den Gebrauch der Hände in Anspruch nahmen, sobald das Wetter nicht ganz taffellos trocken war. Man mußte sein zimperlich einhereschreiten, das Geschlepp um die Beine hinderte das natürliche Ausschreiten. Das nannte man damals „einen weiblich-anmutigen Gang“. Auf dem Kopfe saß ein Naturzopf, wenn der nicht reichte, ein Kunstprodukt; Nadeln, Kämmen, Spangen, ein ganzes Arsenal. Ein Hut mit Hutnadeln oben drauf. Ein hoher Halskragen. Kurz, eine ebenso „anständige“ als echt „fräuliche“ Tracht. Mit diesen Phrasen wird sie nämlich heutzutage schon wieder hinter dem Ofen hervorzulocken versucht.

Aber weiter im Rückblick! Dann kam nach den Qualen des Krieges der Umsturz. Und kurze Haare, Hals und Arme frei. Keine Schleppe, kein Korsett, alles praktisch — und eben dadurch auch vom ästhetischen Standpunkt aus viel schöner, weil natürlicher!

Aber damit soll es jetzt aus sein! Und das ist wieder ein Symptom. Die Mächte der Reaktion getrauen sich schon ganz offen ihren Diktaturgelüsten Ausdruck zu geben. Einer vom Hakenkreuz hat es kürzlich hinausposaunt: „In Deutschland soll alles gerade umgekehrt werden wie es jetzt ist.“ Also auch mit der Frau wieder hinein in den Pferd der Unfreiheit! Und siehe da; schon wird uns der alte Kohl in neuer süßlicher Soße angepriesen: das lange Kleid, die „fräulich-anmutige Linie“, oben hübsch eng, auch um die Hüften. — Da wird man am Ende gar wieder ein Korsett brauchen! Und dazu paßt dann natürlich kein Bubikopf, sondern — „der Zopf, der hängt ihr hinten...“

O dreimal gefegnete gute alte Zeit! Wie glücklich würden sie sein, wenn sie die Frauen wieder so weit brächten, als schnaufende, unbehaglich verkrampte, wandelnde Kleiderschragen einherzustolzieren! Dann noch schnell einen Schleier vor das Gesicht — der gehört ja auch dazu! — und dann drehen wir uns wieder zurück, woher wir gekommen sind — und die Episode der Freiheit ist aus und abgetan. — Denn mit dem einen kommt dann auch alles andere wieder.

Das lange Kleid ist ein Symptom!!! Ein kleines, mag man sagen, ein läppisches — aber es ist eins! Hoffen wir, daß es auf jene kleine Schicht von „Damen“ beschränkt bleibt, die nicht zählen in der Entwicklungsgeschichte der Frau.

Hedda Wagner t. „ADB3.“

Gefällt Ihnen die Herrenmode?

Die Männer, mit denen wir verheiratet, verwandt, befreundet, verlobt oder sonstwie verbunden sind, stammen alle aus dem 17. oder 18. Jahrhundert. Die Kleidungsstücke, die sie tragen, sind lauter Antiquitäten. Der Bratenrock, den Ihr Mann anzieht — fluchend über das steife Hemd und den Kragenknopf —, dieser Rock ist eine Reliquie aus Urgroßvätertagen, auch wenn er soeben erst vom Schneider geliefert wurde.

Männer hängen mit einer unfassbaren Zähigkeit an schlechten Gewohnheiten. Schenken Sie einem jungen Mann zur Einsegnung einen scheußlichen Hut, mit zu kleinem Kopf, zu großer Krempe, geschmacklosem Band: dieser junge Mensch ist verloren. Sein ganzes Leben lang wird er mit einem alten, verbogenen Hut von eben dieser Unglücksfahnen den Hutladen betreten und verlangen, einen genau ebenso gebauten anderen Hut zu kaufen. Das nämlich ist es, was ein Mann sich unter einem „neuen Hut“ vorstellt. Das Geheimnis der Variation, der Zauber der Verwandlung durch Kleidung ist ihm noch nicht aufgegangen. Man könnte sagen, daß die Kleidung des Mannes von oben bis unten aus Dorurteilen besteht. „Man kann doch nicht“ — oder „das geht doch nicht“ — oder „man muß doch“ — sind die einzigen Begründungen, die er für sein Verharren in einem zeitwidrigen und vernunftlosen Bekleidungsstand hat. Zum Beispiel: „Müht ihr euch denn immerfort mit euren steifen oder halbsteifen Kragen abzuquälen“, fragen die Frauen. „Könnt ihr es nicht machen wie wir, die weiche, angewachsene Kragen an der Hemdbluse tragen?“ — „Nein, das geht nicht“, sagen die Männer; „Männer haben zu häßliche Hälse.“ Nun, natürlich sind die Hälse häßlich geworden, da die Männer sie seit 150 Jahren in Panzertürmen aufzubewahren pflegen. Aber vielleicht würden sie hübscher werden, wenn man sie einmal herausbrächte an das Licht und die Sonne. Man erinnert sich, welche Schauererzählungen von der allgemeinen Häßlichkeit und Krümmtheit der Frauenbeine im Umlauf waren — bevor die Frauen ihre Beine der allgemeinen Beschäftigung freigaben.

Oder: „Warum muß der Kragen angeknöpft werden? Diese Quälerei und Scheußlichkeit ist ja schrecklich!“ fragen Sie. „Weil er schneller schmutzt als das Hemd“, lautet die sonderbare Antwort; das heißt ins Aufrichtige übersetzt: Am Kragen sieht man es, daß er schmutzt, das Hemd steckt unter Rock und Weste und kann immer noch einen Tag getragen werden. Wie wär's, ihr Lieblinge, wenn ihr es machtet wie die Frauen, und den angeschmutzten Hemdkragen als ein Signal betrachten tätet, daß die ganze Sache reif fürs Waschfaß ist? „Ja“, sagt der Mann — „aber so viel Hemden putzen kostet zuviel Geld!“ (Man beachte das Biedermeierwort „Hemdenputzen“, das unser Zeitgenosse noch immer für seine breitsteifen Dessous nötig hat.) „Schau“, so sagt man ihm, „zehn Woll- und Krepphemden, welche mit angewachsenem Kragen, zu waschen kostet weniger Zeit und Geld als ein einziges steifes Hemd.“ — „Aber das geht doch nicht“ — sagt der Mann. Fertig. Er kauft seinem Sohn zum fünfzehnten Geburtstag steife Hemden, steife Kragen und ein Duzend Kragenknöpfe. Da ist zum Beispiel die Weste, das abschaulichste und sinnloseste Kleidungsstück, das je erfunden wurde. Sie erfüllt gar keinen Zweck und hat nur eine Vorderseite. Hintenrum ist sie eine nackte und schamlose Scheußlichkeit, und nicht jeder empfindliche Mann mag sich in der Weste vor einer Frau zeigen. Warum aber trägt er ein völlig überflüssiges Kleidungsstück, dessen er sich heimlich — und mit gutem Grund — schämt? Ferner: die Hosenträger. Auch sie gehören zu den Gegenständen, die nicht gezeugt werden können und dürfen. Sie sehen auch danach aus. Dabei sind Hosenträger gar keine so dumme Sache; sie verteilen die Last des Beinkleides ganz richtig auf die Schultern, und in vielen Volkstrachten sind die Hosenträger ein wunderschönes, organisches und schmückendes Stück. Aber, Himmel, was haben die Männer daraus gemacht! Weiter: die wollene Unterwäsche. Da ist die Herrenmode nun einmal ziemlich revolutionär gewesen. Schon kurz nach dem Dreißigjährigen Krieg entschloß sich der Mann, das Panzer-Ringelhemd der Kreuzritter in etwas leichterem Qualität herzustellen, und es dauerte gar nicht so

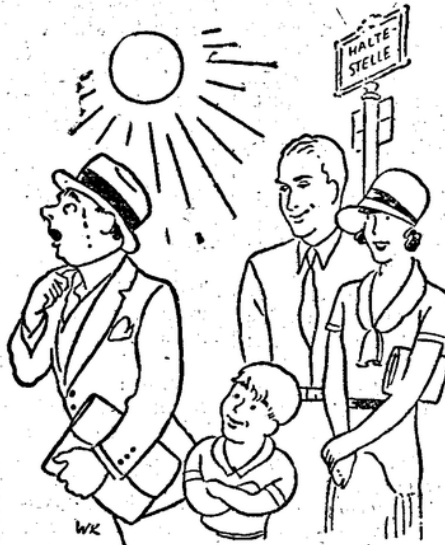
lange, bis er auf die Herstellung wollener Unterwäsche kam. „Wozu trägt ihr das eigentlich?“ fragt man, sanft zwar, aber peinlich berührt. Antwort: „Das muß man; zum Beispiel — das saugt so schön den Schweiß auf.“ (Es tut mir leid, aber so unappetitliche Antworten kriegt man von Männern.) Aber, mein Lieber, vielleicht würdet ihr ohne das Wollzeug überhaupt gar nicht schwitzen? Nein, das gehört zu den Dingen, die der Mann nicht kapliert. Man hat unlängst — und dies ist nun trüber Ernst — mit der Männerkleidung wissenschaftlich experimentiert. Man hat Männern Filme von größter Lichtempfindlichkeit auf die Haut geklebt, sie normal bekleidet und sie ein paar Tage im Sonnenschein herumlaufen lassen: die Filme waren so unverändert, als hätten sie die ganze Zeit in der Dunkelkammer gelegen. Jeder Mann hat sieben Häute wie ein Hase. Zwischen seinem Körper und der Luft liegen: 1. das Unterzeug, 2. das Hemd, 3. das Westenfutter, 4. der Weststoff, 5. das Rockfutter, 6. die Rockeinlagen (als da sind Steifleinen, Roßhaar, Betonplatten, Pappendeckel und Stahlbraut), 7. der Rockstoff. Zu schweigen von Mantelfutter und Mantelstoff. — Was der Mann trägt, ist kein Kleidungsstück seinem Körper und seinen Bedürfnissen angepaßt, sondern eine architektonische Fassade, und zwar eine von schlechtem Geschmack. Sagen Sie Ihrem Mann, er solle einen Nagel in die Wand schlagen: er wird sich zuerst ausziehen müssen; Kragen, Rock, Weste, Hemdärmel, alles an seinem Anzug ist bei der kleinsten Arbeit hinderlich. Daher kommt es auch, daß die Kleidung von arbeitenden Menschen, von Straßenpflasterern, Monteuren, Maurern, immer richtig und deshalb auch schön aussieht; während man das von dem „Herrn“, der mit durchweichtem Smokinghemd und zerschmelzendem Kragen über der verrutschten Krawatte Tango tanzt, nicht immer behaupten kann. — Nun ein paar Vorschläge für die Praxis. Der Mann trägt:

1. ein Hemd aus Krepp, Batist oder sonst einem weichen und ungefärbten Stoff, das mit dem Unterbeinkleid in ein Stück gearbeitet ist, selbstverständlich mit Kragen daran. Ärmel mit Manschetten oder, bei beschäftigten Männern, mit Gummizug am Handgelenk, der ein Zurückziehen gestattet. Im Sommer und für den Sport kurze Ärmel oder noch besser: ärmellos. (Hier trifft einige Leser leider der Schlag.) Die Ärmel sind nämlich bei den meisten Männern verhältnismäßig gut gebaut und können ohne ästhetische Bedenken an die Luft gebracht werden.

2. Das Beinkleid. Aus poröser Wolle für die Straße und Beruf, aus weichem Stoff für Haus und Gesellschaft, aus Leinen im Sommer. Ohne Bügelfalte, einfach geschnitten wie beim Trainingsanzug, mit Gummizug oder Gürtel für Schlanke, an das Hemd sichtbar geknöpft für weniger gut Gewachsene. Form und Länge im Belieben der Schneiderphantasie. Für Eitle und Farbenfrohe wären noch Hosenträger aus skandinavischen oder Tiroler Volkstrachten zu übernehmen. Aus. Der Mann ist angezogen, so wie die Frau mit Rock und Bluse angezogen ist.

Ein Overall, genau so wie ein Trainingsanzug geschnitten, aber aus wechselndem Material, würde dem Jumperkleid der Frau entsprechen. Jumper und Sweater, mit und ohne Ärmel, für kühleres Wetter und Spaziergänge. Für die Straße eine lose, ungefüllte Jacke, ganz ohne den Schwindel der Roßhaarschultern und ähnlicher Vorspiegelungen. Für Gesellschaften ein Jackett aus weichem Stoff. Zum Tanz nur Hemd und Hose. Farben: Alle möglichen — wenn auch nicht gerade Kirchsrot oder Fliederblau. Anregungen für Schneider: Bei Matrosen, Zimmerleuten, chinesischen Kulis, Bergführern und Piloten. Bei Menschen mit einem Wort, die Eile und Arbeit haben, wie jeder heutige Mensch Eile, leidet aber nicht immer Arbeit hat.

„Derrückt!“ — sagt der Mann, der das liest, zieht zehn Schnallen zu (zwei am Beinkleid, eine an der Weste, drei am Hosenträger, vier am Strumpfband), schließt 28 Knöpfe, macht mit ein paar Hammerschlägen die Krawatte am Kragen fest — und steigt statt in die Säufte in die elektrische Straßenbahn... Miß in „Uhu“.



Der weiße Kuli

VIII. (Schluß.)

Marseille — die Stadt des Elends. Der ewige Jahrmärkt. Völkerchau aus aller Welt. Paris an der See. Hier ist's, wo unsere deutschen Jungens eingeschifft werden zur französischen Fremdenlegion. Poß Bliß, da ist manchem die Abenteuerlust vergangen, sofern er nicht durch Hinterlist in diese Hölle kam.

Marseille — da ist's, wo mancher Seemann hineinging und nicht wieder herauskam. Marseille, das ist die Stadt, wo die Dirnen zuerst von Liebe reden und nachher von Geld, just umgekehrt wie in Hamburg an der Elbe. Und in Marseille ist es, wo die kleinen Motorboote liegen, die dich zum Chateau d'If bringen (der „Graf von Monte Christo“ seligen Andenkens). Gegenüber, wo es die Hügel emporgeht, da liegen die furchtbarsten Quartiere, die es gibt. Da sind die Straßen zwei Meter breit — in der Mitte läuft eine Gasse — Dreck, faules Obst, Tierkadaver, Lumpen, stinkende Abfälle und Abwässer, grüne Pfützen mit Blasen drauf. So sehen diese Straßen aus. Und da wohnen Menschen. Rechts und links Kellergeschosse, Erdgeschosse, eine Tranzfanzel, ein zerbrochener Stuhl — ein Bett mit einem weißlichen Laken (des „Geschäfts halber“). Und wer macht das Geschäft? Sind das die „Nanas“ von Emile Zola? Sie sind's, und doch noch viel, viel schlimmer!

Kennt ihr, die ihr in Glanz und Wohlleben schwelgt, diese Elendsgeschöpfe von Marseille? Nein, ihr kennt sie nicht und werdet sie nicht kennenlernen, jene dünnhäutigen Geschöpfe, denen Gift und Tuberkulose die Körper zerfrisst und zernährt, denen billige Fegen die schwächlichen Glieder bedecken, die den betrunkenen Seeleuten ihre nackten Brüste entgegendrängen, die sich uns Seeleuten an die Röcke hängen und mit sanfter Gewalt uns mit in ihre Höhlen zu schleppen versuchen — und die von schlechten Zigaretten, noch schlechterem Alkohol und den Schlägen der Zuhälter leben — ihr kennt sie nicht, ihr Menschen der Hautevolée, der europäischen Gesellschaft!

Hallo, wir sind die „weißen Kulis“ — Seeleute fragen nach Tod und Teufel nichts — über den Tod lachen wir, weil er uns dauernd im Genick sitzt, wir sind Gemütsathleten, wenn es sein muß. Hier aber, das hat uns gepackt, das gehörte zu uns; das waren jene Entrechteten, die im Kehricht herumkrochen, Flasfliegen, Maden, Würmer — die Getretenen, die von der „Schattenseite des Lebens“ — die Aristokraten des Elends, die lieber hungern und stehen, als den großen Halsabschneidern, den modernen „Sklavenhaltern“, den Parasiten des Geldes, der Arbeit und des Lebens Fronddienste leisten, sie hungern lieber, als ihren Mitmenschen als Fußschmelz zu dienen oder als Hunde, die gierig warten, bis etwas von der Herren Tisch fällt.

Ja, so war es hier im „Quartier des misérables“ — und zehn Minuten weiter, da war alles ein großes Lichtergewoge, da waren die großen Hotels, Cafés, Vergnügungsorte — Singen, Musik, Lachen, Kreischen — Leben, brausend, fordernd, gebietend — Leben, satt, frivol, überstürzend, erfüllend, sorglos, gepflegt, wunschlos, raffiniert, abwechselnd, leer und doch voll. Für uns „weiße Kulis“, denen Geisteskultur nicht fremd war, war dieses Leben leer, wie wir uns einbildeten. Schlecht genug — oder auch gut, zu gut — kannten wir unsere Begierde, unseren Wunsch, der uns die Kehle zuschnürte: Einmal nur so ein Leben führen in Glanz und Freude, nur ein Jahr — und dann sterben.

Die Riviera geht es entlang, südwärts — Nizza, das Paradies der Reichen, das Kleinod Europas, wo nur die etwas verloren haben, die mit Kleinodien zu tun haben. Der Döbel mag zu Hause bleiben. — Monte Carlo, im Puppenstaate Monaco, wo der Teufel die Bank hält. Mit der einen Hand zu den Tanzdielen und Bars zeigt und mit der anderen Hand zum Selbstmörderfriedhof. Faites votres jeux, messieurs! Leben und Geld! Beides daselbe Spiel!

Golf von Valencia — ein annehmbarer Sturm, so daß manche Herzen und Herzchen in die Hosen und Höschen fielen. Auch sonst sehr fromm tuende Leute machten sehr, sehr belämmerte Gesichter. Na ja, es ist schließlich ein Unterschied, ob man mit dem Herrgott auf himmelsweite Entfernungen korrespondiert oder ob man die Allmacht Gottes, seine Stärke und Gewalt aus nächster Nähe und in handgreiflichster Art kennenlernt.

Malaga, die Stadt mit den alten Mauern, dem Schloß, dem starken Wein und dem vorbildlichen Hafen. Wir Jungens nehmen die Gelegenheit wahr und veranstalten ein kleines „Hafenschwimmen“. Ah, wie sie guckten, die „Eingeborenen“, Männlein

und Weiblein, als wenn sie ihr Lebtag noch keine schwimmenden Menschen gesehen hätten. Wir schwammen an Land und wurden umringt wie die ersten Leute, die damals in Amerika an Land gingen. „Na, alter Corero, haste nicht auch Lust, ein bißchen mitzupaddeln?“ Der grinste! „Hallo, Signora, was macht die Kunst? — Dunst?“ Die zog 'ne Schnute. „Nig zu machen?“ Na schön. Also wieder ringehopft. — Bald wäre uns einer eroffen. Der hielt sich nämlich für einen Hering, der nicht das Schwimmen lernen brauchte.

Straße von Gibraltar. Des Nachts passiert. Regenwetter. Unsichtig. — Lissabon abermals angelaufen. Promeniert. Von den „feurigen“ Südländerinnen hat man eigentlich nicht viel gemerkt. Ich glaube, die werden auch erst immer „feurig“, wenn sie Geld sehen. Nun, dann werden sie auch im kalten Norden „feurig“. Und daß wir blonden Germanen — „blonde Bestien“, jagt Nietzsche — im Süden so außerordentlich viel „Chancen“ hätten, könnte ich nicht einmal bei stärkster Selbsttäuschung behaupten.

Wir trudelten den Tejo wieder hinunter. Golf von Biscaya. Dieser Schiffsfriedhof, dieser gefürchtete Platz für Seeleute, dieser Prüfstein für seetüchtige „Kästen“ und Spenderfirmen rettender Versicherungsgelder für seeuntüchtige Kästen, diese Feuer- oder besser gesagt Wassertaufe für unbefahrene Seeleute, sogenannte „nasse Säcke“, dieser schöne Golf lag im schönsten Sonnenschein alle drei Tage der Durchfahrt. Er hatte nur leichte Dünung, die soeben merken ließ, daß man sich auf einem Schiff befand und nicht in einem Lagerschuppen für „Schiffsausrüstung“.

In Southampton wurde der „Laden“ merklich leer. Der „Trinkgeldregen“ war strichweise. „Platzregen“ kam gar nicht vor. Im übrigen konnte das dem Aufwäscher piepe sein, denn er bekam doch nichts davon ab, höchstens einen Blick.

Eine allgemeine Nervosität machte sich breit, als wir uns der letzten Station — Rotterdam — näherten. Wie lange braucht er bis dahin? Wie lange bleibt er in Rotterdam liegen? Wird es wohl länger dauern als zwei Tage? Hat er viel Ladung zu löschen? Kriegt er vielleicht welche mit? Kommen wir wohl Sonnabendmorgen in Hamburg an? Nachmittags kriegen wir ja kein Geld mehr. Derfl...!

Erst lagen wir mal saftig in Rotterdam, sausten abends durch die Stadt, ließen uns die Haare schneiden, pflegten die Finger wie eitle Mägdelein, brachten die ramponierte Garderobe in Ordnung, packten so langsam die Koffer. Man machte Anspielungen betreffend Trinkgelde. Es wurde an kleinere und größere Darlehen erinnert: jeder sah zu, daß seine „Bücher“ stimmten, daß er alles bekam und daß ihm der andere nicht zuviel abnahm.

Alles rüstete gewissermaßen ab. Natürlich wurde der ganze „Kasten“ von oben bis unten geschrubbt, gebohrt, gemalt. — „Kinder, seht bloß zu, daß ihr alles in Ordnung habt, sonst gibt es die größte Schweinerei — Zigarren über Zigarren, kein Glas kommt von Bord. Pußt das „Blanke“ noch einmal, und daß mir die „Dreimaster“ ausgekippt werden, und alles weggeschlossen. In Hamburg kommt nämlich alles Mögliche an Bord und wir sind nachher die Dummten. Und dann —, daß mir noch alles schmutzige Geschirr gewaschen wird. Wenn schließlich hier mal einer rinkommt, daß der nicht auf den Rücken fällt und denkt: Na, das mag eine nette Schweinebande hier gewesen sein. — Das war der Monolog oder auch Epilog des Oberstewards.

„Junge, Fiedje, was wird deine Altsche woll für Augen machen, wenn du mit dem Riesenteppich aus Port Said angetanz kommst?“ — „Du, Karl, was meinst, ist die kleine Dicke wohl da, die wir damals auf der Reeperbahn getroffen haben? Geschrieben haste 'n paarmal — Manometer!“ — „Mensch, wenn ich man erst meine Koffer in der Wohnung hätte, daß uff, mit die Kaktusse machen sie mir noch Scherereien bei'n Zoll.“

Und so kommt denn der letzte Ruck — Feuer von Borkum! — Blankeneße — die Türme von Hamburg — der „Michel“. Na ja, dann haben wir es ja geschafft.

Grüß dich Gott, Heimat! Der „Petersen-Kai“ dicht gedrängt von Menschen. Tücherstwenken, Hochrufe.

Die Leute warten. Schließlich geht der gegenseitige Verkehr dann los. Während des allgemeinen Umarmens, Küßens, Händedrückens steht der „weiße Kuli“ an der Reling — er ist einer der wenigen, auf die niemand wartet. Mit verächtlichem Lächeln und nachdem er in hohem Bogen über die Reling gespußt hat — geht der „weiße Kuli“ hinunter ins Maruschäftslogis — holt seinen Koffer, und — verdrückt sich.

Zur Reform der Hauszinssteuer

Forderungen der freien Gewerkschaften

ADGB. und Afa-Bund haben zu den neuerdings vielfach erörterten Plänen zur Änderung der Hauszinssteuer Stellung genommen. Nachfolgend das Ergebnis ihrer Beratungen, an denen führende Kommunal- und Wohnungspolitikern sowie Vertreter der Wirtschaft beteiligt waren:

Die Organisationen der Haus- und Grundbesitzer fordern von der Reichsregierung erneut eine auf dem Notverordnungsweg durchzuführende Reform der Hauszinssteuer. Die von den Interessenten veröffentlichten Projekte haben — so sehr sie im einzelnen voneinander abweichen — sämtlich das eine Ziel: die Ausnahmeverhältnisse der jetzigen Krise, die allen Volksschichten größte Opfer auferlegt, zu einer erneuten Bereicherung der Althausbesitzer auszunutzen.

Eine weitere Minderung der öffentlichen Einnahmen aus dem Althausbesitz kann volkswirtschaftlich und sozialpolitisch nicht verantwortet werden. Ein auch nur teilweises Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Hausbesitzerorganisationen nach Abbau der Hauszinssteuer bedeutet höchste soziale Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Sparern, auf deren Kosten der Hausbesitz in der Inflation eine in der Geschichte nie dagewesene Entschuldung durchzuführen konnte. Bei der finanziellen Notlage der Länder und vor allem der Gemeinden kann auf die jetzt aus der Hauszinssteuer fließenden Einnahmen nicht verzichtet werden.

Trotz der Mindereingänge in der Krise durch Steuerbefreiung für Wohnungen Arbeitsloser und für leerstehende Räume ist die Hauszinssteuer, deren tatsächliches Aufkommen im Krisenjahr 1931 bei einem Sollaufkommen von 2 Milliarden Mark jährlich auf 1350 Millionen Mark geschätzt werden kann, eine der sichersten Stützen der öffentlichen Finanzen. Eine weitere Entlastung des Althausbesitzes — nach den Steuergeschenken der letzten Jahre — müßte zwangsläufig zu einer erneuten steuerlichen Belastung der werktätigen Massen führen. Eine auch nur geringe Kürzung der Hauszinssteuererträge bringt den Wohnungsbau, der ohne öffentliche Unterstützung zusammenbrechen muß, gänzlich zum Erliegen. Ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit nicht nur unter den Bauarbeitern, deren Lage jetzt bereits katastrophal ist, ist die Folge. Die Belegung des Arbeitsmarktes mit planmäßigen konjunkturpolitischen Maßnahmen des Staates, die nur von der Bauwirtschaft ausgehen kann, wird unmöglich gemacht. Die Pläne der Hausbesitzerorganisationen verwirklichen, hieße die jetzige allgemeine Wirtschaftskrise ungeheuer verschärfen. Jeder Versuch einer „Reform“ der Hauszinssteuer, deren Ziel die weitere Minderung der öffentlichen Einnahmen aus dem Althausbesitz ist, wird daher auf den stärksten Widerstand der freien Gewerkschaften und der hinter ihnen stehenden Millionen Werktätiger stoßen. Die freien Gewerkschaften fordern aufs neue mit allem Nachdruck, daß die bisherigen Erträge aus der Hauszinssteuer gerade auch im Interesse der öffentlichen Arbeitsbeschaffung langfristig gesichert

werden. Eine Reform der Hauszinssteuer wäre nur derart durchzuführen, daß an die Stelle der Hauszinssteuer eine öffentliche, grundbuchlich zu sichernde und abdingbare Last tritt. Sie muß derart bemessen sein, daß als Ausgangsbasis für den Umfang des jährlichen Zins- und Tilgungsdienstes unbedingt das Sollaufkommen der Hauszinssteuer gewählt wird. Die Festsetzung der dinglichen Last kann und muß nach den bezirklichen und örtlichen Verhältnissen abgestuft sein und soll im einzelnen den Erfordernissen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Häuser und der Gesetzgebung über die Verzinsung der Aufwertungshypotheken Rechnung tragen.

Durch eine Verzinsung der dinglichen Last von 7½ Proz. jährlich wird der Zusammenhang mit der Verzinsung der Aufwertungshypotheken gewahrt. Eine Tilgung von 2½ Proz. jährlich zusätzlich der durch fortschreitende Amortisation ersparten Zinsen gewährleistet eine planmäßige Abtragung der Lasten in 18½ Jahren. Höherer Zins und hohe Tilgung geben einen Anreiz zu vorzeitigen Ablösungen oder verstärkten Tilgungen, die noch dadurch gefördert werden sollen, daß durch einen Diskontsatz, der von der Reichsregierung nach der jeweiligen Lage des Kapitalmarktes festzusetzen ist, Prämien gezahlt werden.

Die zusätzliche Unterstützung Arbeitsloser und sonstiger wirtschaftlich schwacher Wohnungsinhaber durch teilweise oder vollständige Herabsetzung ihrer Wohnungskosten muß grundsätzlich von den Leistungen der Hausbesitzer an die öffentliche Hand getrennt werden. An die Stelle der bisherigen Hauszinssteuerbefreiungen müssen Mietzuschüsse der kommunalen Wohlfahrt treten, die die Beihilfen gerechter der persönlichen Bedürftigkeit des Mieters anpassen kann. Die dafür erforderlichen Mittel können den Kommunen aus dem Zinsen- und Tilgungsdienst der dinglichen Last zur Verfügung gestellt werden.

Eine derartige Regelung sichert der öffentlichen Hand Einnahmen, die unter den Verhältnissen des Krisenjahres 1931 mit 1350 Millionen Mark jährlich dem derzeitigen Hauszinssteuerertrag nach Abzug der Steuerbefreiungen entsprechen würden.

Die Mittel, die aus dem Zinsen- und Tilgungsdienst und aus vorzeitigen Ablösungen der dinglichen Belastung des Althausbesitzes einkommen, müssen in erster Linie für den Finanzbedarf der Gemeinden und zur Finanzierung des Wohnungsneubaus und der Erhaltung des Altwohnraumes verwandt werden.

Die freien Gewerkschaften lehnen es grundsätzlich ab, die Hauszinssteuerreform mit einer Befreiung der jetzigen gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Mieter zu verbinden, deren Aufhebung die Mieterschaft schutzlos willkürlichen Mieterhöhungen preisgeben würde und damit zu einer weiteren Unterhöhlung der Massenkaufkraft führen müßte. Sie fordern vielmehr die Vereinheitlichung und Ausgestaltung der heutigen Gesetze zum Schutze der Mieter zu einem sozialen Wohn- und Mietrecht.

Das genossenschaftliche Handels- und Produktionsunternehmen der deutschen Konsumgenossenschaften

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (Hamburg), die von rund 1000 Konsumvereinen als Gesellschaftern gebildet wird, hielt kürzlich in Magdeburg ihre 37. Generalversammlung ab. Es verlohnt sich, aus dem vorgetragenen Geschäftsbericht die markantesten Ergebnisse und die Wirtschaftslinie der Gesellschaft kennenzulernen. Aus der Generalbilanz vom 31. Dezember ergibt sich zunächst, daß das nominelle Stammkapital von 25 Millionen Mark bis auf 3 338 856 Mk. bar eingezahlt ist. Dem eingezahlten Geschäftskapital von 21,7 Millionen Mark stehen an Reserven nicht weniger als rund 21,8 Millionen Mark gegenüber — ein Status, wie er in gleich günstiger Weise wohl sehr selten auch bei großen privatwirtschaftlichen Unternehmungen anzutreffen sein dürfte. Den Siegenhaftswerten aller Art mit rund 50 Millionen Mark bei rund 3 Millionen Abschreibungen stehen an hypothekarijischen Belastungen nur rund 7,9 Millionen Mark gegenüber. Die Bankeinlagen — im wesentlichen aus Spareinlagen der Konsumvereine und ihrer Mitglieder bestehend — in Höhe von rund 152,8 Millionen Mark — sind bis zu 106,9 Millionen Mark durch flüssige Mittel „gedeckt“, womit eine starke Liquidität, d. h. Sicherheit gewährleistet ist. Trotz der hohen Abschreibungen im Betrage von 7,7 Millionen Mark (Siegenhaftswerten 3 Millionen Mark, Maschinen, Inventar und Transportanlagen 4,7 Millionen Mark), die zum größten Teil als innere Reserven zu bewerten sind, ergab sich

noch ein Ueberschuß von 4 360 812 Mk., dessen „Verteilung“ von besonderem Interesse ist hinsichtlich der großzügigen Finanzpolitik, die seit Jahren die feste Grundlage für die Produktionspolitik der Gesellschaft bildet. Und zwar erhält das eingezahlte Stammkapital nur 5 Proz. Zinsen im Betrage von 925 309 Mk., während der dann noch verbleibende Saldo im Betrage von 3 435 503 Mk. samt und sonders den Reserven aller Art zufließt. Darunter befinden sich 1,5 Millionen Mark für den ordentlichen Reservefonds und 1 Million Mark für den Produktionsfonds. Die Reserven steigen somit auf den hohen Betrag von 25,2 Millionen Mark; sie übersteigen das eingezahlte Stammkapital um 3,5 Millionen Mark.

Die großzügige Finanzpolitik setzt die Gesellschaft in den Stand, Jahr um Jahr neue Genossenschaftsfabriken für die zentrale genossenschaftliche Eigenproduktion zu errichten und so die Konsumgenossenschaften und ihre Mitglieder allmählich von den Kartell- und Monopolpreisen der privatkapitalistischen Unternehmungen zu befreien. Zugleich aber auch einen spürbaren Druck auf die Kartell- und Monopolpreise im Interesse der Gesamtbevölkerung auszuüben. Wie ja auch von dem Referenten der Gesellschaft auf der Magdeburger Generalversammlung die Tatsache mitgeteilt wurde, daß die Sachverständigen der Privatwirtschaft im Reichswirtschaftsrat die Herabsetzung der Kartellpreise bei den sogenannten Markenartikeln für unmöglich erklärten, während der Sachverständigen

der GEG. die gegenteilige Meinung an Hand eigener Preiskalkulation bekunden konnte, was die Regierung dann zu der Verordnung über die Herabsetzung der Markenartikelpreise um 10 Proz. veranlaßte. Dies eine Beispiel mag genügen, um die allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung der Finanz- und Produktionspolitik der größten Konsumgenossenschaftlichen Waren- und Produktionszentrale Deutschlands klarzulegen.

Aus dieser Finanzpolitik sind in den letzten 15 bis 20 Jahren 40 Genossenschaftsfabriken und Veredelungsbetriebe hervorgegangen, und wenn auch die furchtbarste aller Krisen, die heute an den privatkapitalistischen Wirtschaftsgrundlagen der Welt rüttelt, ohne die Konsumgenossenschaften und ihre Hamburger Zentrale auch nur im mindesten erschüttern zu können, das Ent-

wicklungstempo der neuen Produktionsprojekte verlangsamten wird — auch diese Entwicklung wird nicht stillstehen, sondern den Mittelpunkt einer genossenschaftlichen Volkswirtschaft bilden, in der Krisen vom Ausmaß der privatkapitalistischen ein unbekannter Begriff sein werden.

Denn wenn man beachtet, daß bei einem Jahresumsatz mit nahezu einer halben Milliarde (495,3 Millionen Mark) nicht weniger als 137,6 Millionen Mark oder 27,79 Proz. des Gesamtumsatzes auf die Eigenproduktion entfallen, so sieht man eine volkswirtschaftliche Problemlösung vor sich, die sich mit dem Begriff **Planwirtschaft** nach allen Richtungen deckt. — Darum hinein in die Konsumvereine. — ff.

Dresdener Straßenbahner in Wien

Vor nicht ganz einem Jahre hatten wir Dresdener die Freunde, Wiener Berufskollegen mit ihren Frauen zu begrüßen. In den Tagen des Zusammenlebens wurde der Wunsch laut, den Wiener Berufskollegen einen Gegenbesuch abzustatten. Die Meldungen zur Fahrt nach Wien gingen sehr reichlich ein, leider mußte ein Teil durch die über Deutschland hereingebrochene Not, die auch die Straßenbahner hart getroffen hat, verzichten. Am 21. Juli marschierten wir gemeinsam mit den Sportlern vom Schützenplatz unter den Klängen der Arbeiterlieder zum Hauptbahnhof. Nach 15stündiger Fahrt kamen wir in Wien am Franz-Josef-Bahnhof an. Der Empfang durch Hunderte von Kollegen, die mit ihrer eigenen Musikkapelle uns erwarteten, war überwältigend für uns. Nach 25 Minuten Marsch (vor uns einige hundert Wiener Kollegen mit ihrer Kapelle, dann wir, zum Schluß wieder einige hundert Wiener) kamen wir unter großer Begeisterung der Bevölkerung und „Freundschaft“-Grüßen im Restaurant Stahlöhner an. Hier wurden wir vom Obmann der Bildungsgemeinschaft und den Vor-sitzenden der Betriebsvertretung begrüßt.

Die Wiener Straßenbahndirektion stellte uns drei Tage lang kostenlos Autos zur Verfügung. Wiener Kollegen hatten sich bereit erklärt, in ihrer Freizeit zu fahren. So war es uns möglich, das so gepriesene „rote“ Wien kennenzulernen. Als wir langsam durch die Straßen fuhren, nahm die Begeisterung kein Ende, die Fenster waren mit roten Fahnen geschmückt. Wir besichtigten einige Bauten und waren erstaunt über das Geschaffene. Die Wiener wohnen im Neubau so schön und billig, daß man die Miete im Monat von 12 bis 18 Schilling kaum für möglich hält. Was gibt es dafür: Man kann im Monat zweimal in der Zentralwaschanstalt waschen; Kinderhort, Turnhalle, wunderbare Plätze im Hof mit Planschbecken für die Kinder sind angelegt. Die Bauten tragen fast alle sozialistische Namen. Sie haben eine Länge bis zu einem Kilometer. Von den zur Verfügung stehenden Flächen werden nur 35 Proz. bebaut, der andere Teil ist für Anlagen und Kinderspielfläche frei. Alle Bauten legen Zeugnis ab von der Einigkeit der Wiener Arbeiterschaft.

Wir haben auch Gelegenheit gehabt, die Hauptwerkstatt der Straßenbahn und andere Bahnhöfe zu besichtigen. Als wir zur Hauptwerkstatt kamen, wurden wir von den Kollegen im schlichten Arbeitskleid, im Beisein der Betriebsleitung, mit dem Gesang: „Wir sind Menschen, wir sind frei!“ empfangen. Tief erschüttert hörten wir den schlichten Arbeitsbrüdern zu. Wir begaben uns in die Werkstätten. Wo man hinsah und hörte, alles war freudig bei der Arbeit. Wie aus einem Munde tönte es uns entgegen: „Unser ist die Welt, unser ist das Werk.“ Auch haben die lieben Wiener uns zwei schöne Abende bereitet. Jedem von uns Dresdnern wird der Abend im Searing mit Gesang und Musik sowie der Festkommers bei Weigel mit seinem wunderbaren Sinfoniekonzert und anderen Darbietungen in steter Erinnerung bleiben.

Der Bildungsausschuß hat auch dafür gesorgt, daß wir gemeinsam mit den Stockholmer Kollegen, die am 24. Juli eintrafen, vom zweiten Bürgermeister der „roten“ Stadt Wien im Rathaus empfangen wurden. Bürgermeister Genosse Edlinger führte folgendes aus:

„Vor 20 Jahren waren wir sieben Sozialisten im Stadtparlament. Beim Umsturz 1918 erhielten wir die Mehrheit. Wir brauchten also nicht mehr mit anderen Parteien verhandeln, sondern wir beschloßen einfach, gestärkt durch die Einigkeit der Arbeiter. Wir haben ein einfaches Steuersystem, das ungefähr so aussieht: Wer nichts hat, dem geben wir; wer wenig hat den schenken wir; wer mehr hat, gibt etwas; wer viel hat, gibt viel. Davon bauen wir die Wohnungen, unterhalten die Schulen, in denen jedes Kind die Bücher erhält. Jede Wöchnerin, ob reich oder arm, erhält auf ein halbes Jahr die Kinderwäsche, und so haben wir noch viele andere

Wohlfahrts-einrichtungen. — Wer bis zum 15. des Monats die Steuern nicht bezahlt hat, muß 25 Proz. Zuschlag zahlen. Und so kommen sie alle mit der geballten Faust in der Tasche, strecken sie diese aus, dann liegt das Geld darin. Das kommt alles daher, weil die Wiener Arbeiter einig sind.“

Am Sonntag haben wir uns am Festzug beteiligt, der eine internationale Macht der Arbeiter darstellte und ganz Wien auf die Beine brachte. Zum Schluß war uns noch eine Erholung ver-gönnt an der blauen Donau, wo die 16 000 Straßenbahner von Wien ein eigenes Bad besaßen. Jeder von uns hat sich dort durch Rudern, in freigestellten Booten und im Wasser selbst für die Rückreise gestärkt.

Wir Dresdener Straßenbahner danken allen Wienerern für ihre aufopfernde Mühe und Freundlichkeit und versichern mit einem „Freundschaft“ alles zu tun, unwahren Gerüchten scharf entgegenzutreten.

Willi Perna, Dresden 28.

Unsere Jugend

Roter Jugendtag in Frankfurt

Die alte Reichsstadt Frankfurt am Main hat wohl noch nie soviel junges Volk in ihren Mauern gesehen, wie in der letzten Augustwoche. Überall traf man Jungen und Mädchen in blauen und roten Schlipfen, überall sah man große und kleine Trupps Jugendlicher unter roten Fahnen marschieren. Unzweifelhaft: Frankfurt stand in den Tagen vom 21. bis 23. August ganz im Zeichen des 6. Deutschen Arbeiterjugendtages. Die städtischen Gebäude und viele Privatwohnungen hatten geslaggt. Die Straßenbahn fuhr mit schwarzrotgoldenen und rotweißen Wimpeln.

Zwanzigttausend junge Arbeiter und Arbeiterinnen aus allen Gauen des Reiches und Delegationen der Jugendverbände in der Schweiz, der Tschechoslowakei, in Dänemark, Belgien, Holland, Frankreich und Oesterreich waren zu diesem Treffen des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands zusammengekommen, trotz aller Not, die gerade auf der proletarischen Jugend so schwer lastet. Dieser Jugend ist das Leben nicht leicht gemacht. Für sie steht es von Anfang an fest, daß die Wirtschaft ihr Schicksal ist und für viele das Verhängnis. In den selbstbewußten, kampfschlossenen Jugendkolonnen sahen wir viele Gesichter, die von der Arbeitslosennot gezeichnet waren. Und es waren nicht wenige arbeitslose Jugendliche in Frankfurt dabei; rund ein Drittel der Jugendtagsteilnehmer waren zu Fuß oder mit dem Rad gekommen. Ihre Arbeitslosigkeit erlaubte ihnen nicht mit dem Zug zu fahren, aber sie hatte ihnen die Zeit gegeben, um tage- und wochenlang zum Jugendtag zu wandern.

„Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt“, so leuchtete es in großen, silbernen Lettern vom roten Grund der Ränge den tausenden Jugendlichen entgegen, die am Sonnabendmorgen bei der Eröffnungsfeier des Reichsjugendtages die städtische Festhalle bis auf den letzten Platz füllten. Es war ein unvergeßliches Bild, diese Brandung von rot und blau, die vom Parkett bis zu den höchsten Rängen hinaufschlug. Nie sah das Riesenoval dieser Halle eine solche einheitliche Masse junger Menschen. Die Feier wurde eröffnet mit dem Einmarsch der Fahnen. In zwei endlosen Zügen werden sie durch den Saal getragen, diese blutroten Symbole der Zukunft. Jubelnder, tosender Beifall braust auf. Es ist, als müßte die feste Halle bersten im Sturm der Begeisterung. Die Fahnenzüge nehmen um das Podium Aufstellung. Trommler und Pfeifer kündigen den Bekenntnisgesang an: Aufruf an Brüder und Genossen, die von der Liebe und der Not verbunden sind. Gesang und der Prolog zum Jugendtag folgen.

Dann spricht Erich Ollenhauer, der Vorsitzende des Verbandes der SAJ. zur Jugend. „Wir wollen die Demokratie um des Sozialismus und um des Friedens willen. Eine neue Armee wächst heran, eine Armee des Friedens, in der die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland und in der ganzen Welt die stärksten Bataillone stellen. In unserem Bewußtsein sind die Bollwerke des Mißtrauens und des Nationalismus zwischen den Völkern gefallen.“ Stürmischer Beifall bei den Worten: „In unserer Mitte weilt der Genosse Grimme, der preußische Kultusminister. Er möge von hier als unseren Gruß an ihn und an die Genossen Braun und Severing das Bewußtsein mitnehmen, daß wir, die sozialistische Jugend, aus unserer sozialistischen Überzeugung heraus fest zu ihnen stehen in ihrem Kampf um die Erhaltung der Demokratie.“ Weitere Ansprachen hielten Bürgermeister Genosse Gräf (Frankfurt), Regierungspräsident Genosse Ehrler (Wiesbaden), Ernst Langendorf für die Frankfurter Arbeiterchaft und Arbeiterjugend, Felix Kanitz für die Jugend-Internationale und Max Westphal für den sozialdemokratischen Parteivorstand.

Wieder Kampfesänge. Ein neuer Versuch: Ein tendenziöser Text ist „verjazzt“ worden in eine gefällige Melodie. Ein Bewegungschor bringt tänzerische Darbietungen in Labanscher Aufmachung, „Marsch der Arbeit“ und „Hymnus der Arbeit“ betitelt. Mit dem Lied der Arbeiterjugend, „Dem Morgenrot entgegen“, schließt der begeisterte Auftakt des Jugendtages.

Sein stimmungsmäßiger Höhepunkt war der Fackelzug zu beiden Seiten des Mains. Durch die Sommernacht zogen zwanzigtausend junge Sozialisten mit Fackeln in den Händen, große Begeisterung im Herzen und in den Ohren die jubelnden Zurufe der Menschenmengen. Anderthalb Stunden währte der Vorbeimarsch in Achterreihen. Der Aufzug auf den Römerberg dauerte eine Stunde. Hier, auf diesem gewaltigen Diereck, eingerahmt von historischen Bauten, stand die Jugend dicht gedrängt, Kopf an Kopf. Fackeln haltende Reichsbannerleute bilden ringsum einen Flammenring. Fanfaren schmettern. Der Jugendchor singt mit Trommel- und Pfeifenbegleitung: „Auf, ihr Brüder, auf, Genossen! Schaut auf unser freies Banner...“

Vom Balkon des Römers spricht Genosse Grimme zur Jugend: „Ihr wollt die Demokratie, nicht, um den Unterschied von Führer und Gefolgschaft aufzuheben, nein, um dem Führer Raum zu schaffen, der um die Seele der Gefolgschaft weiß, um dem zu folgen, der den einzig legitimen Adelsbrief zum Führertum besitzt: die Leistung. Gleichgültig, wo die Wiege eines Menschen stand — daß er die gleiche Chance zur Leistung mit hineingelegt bekommt, das liegt im Sinne der demokratischen Idee. Ihr seid Demokraten, aber das genügt euch nicht. Ihr wollt zur Form den Inhalt, und deshalb fordert ihr soziale Demokratie. Ihr wollt, daß in der neuen Staatsform der Mensch wirklich Mensch wird und jene Rangordnung zur Herrschaft kommt, in der mehr als Profit und Rentabilität der Mensch gilt. Ihr habt erkannt, daß es sittliches Gebot ist, die Welt der Wirtschaft im Sinne der sozialistischen Idee zu gestalten.“

Frankfurt soll nach Meister Goethe voller Merkwürdigkeiten stecken. Und so waren die Sehenswürdigkeiten der Stadt Frankfurt zwischen den Veranstaltungen von Massen der Jugend bevölkert. Beispielsweise hatte der Palmengarten einen Rekordbesuch, wie seit langem nicht mehr. Das Erreichen der Sehenswürdigkeiten war der Jugend sehr leicht gemacht durch einen billigen Fahrschein, der während der Tage des Jugendtreffens auf allen städtischen Verkehrsmitteln Geltung hatte. „Unsere Straßenbahn“, so konnte die Jugend oftmals mit Recht sagen, weil ganze Züge mit Blaukitteln angefüllt waren.

Der Haupttag des Reichsjugendtreffens war der Sonntag. Am Morgen war eine Aelterenkundgebung im großen Saal des Volkshausbildungsheims. Hier sprach vor zweitausend Jugendfunktionären Parteivorsitzender Genosse Hans Vogel über das Thema „Demokratie und Arbeiterklasse“. Um die Mittagszeit begann die Aufstellung des Jugendtagsfestzuges auf dem Opernplatz. Von hier aus setzte sich der gewaltige Demonstrationzug wie ein lebendiger roter Strom in Bewegung, zog über den Main zum Stadion. Die lange Wegestrecke war ununterbrochen dicht umsäumt von Menschen, die nicht müde wurden, der Jugend ihr „Freundschaft!“ zuzurufen.

Den Zug der zwanzigtausend führt die Fahne der Sozialistischen Jugend-Internationale. Reichstagspräsident Paul Löbe und Parteivorsitzender Hans Vogel marschieren an der Spitze. Es folgen die ausländischen Genossen, Frankfurter Kinderfreunde mit einer Gruppe französischer Austauschländer. Dann kommt die Jugend selber. Eine unendliche bunte Reihe. Rote Fahnen und Transparente und zahlreiche Tambourkorps bringen

lebendige Abwechslung. Im Stadion wurde die Jugend mit unbeschreiblichem Beifall empfangen. Nach anderthalb Stunden war der Einmarsch beendet.

Die Kundgebung für Völkerverständigung und Sozialismus begann mit dem Spiel der vereinigten Musikkorps „Platz, die Falken kommen!“ Während des Spiels wurden die zahllosen roten Fahnen über den grünen Rasen gegen die vollbesetzten Haupttribünen getragen. Ein Orkan von Begeisterung umbrandete diesen Zug. Im Halbkreis nah der Fahnenwald Aufstellung um die Rednertribüne. Zu fünfzig- bis sechzigtausend alten und jungen Sozialisten sprach der Vorsitzende der gemeinsamen Abrüstungskommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genosse J. W. Albar da (Amsterdam). Seine Rede wurde zu einem Aufruf für die Völkerverständigung: „Stürzt euch mit warmer Begeisterung und unbeugbarer Ausdauer in den Kampf für Abrüstung. Reißt die Arbeiter eures Landes, die Arbeiterfrauen, die Arbeiterjugend in diesen wichtigen Streit mit euch. Erfüllt sie mit Liebe für den Frieden, mit Haß gegen den Krieg und mit Glauben an den Sozialismus, dann seid ihr, was ihr sein sollt: Kein Kanonenfutter, aber das Bauvolk der neuen Welt des Sozialismus. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende der Sozialistischen Jugend-Internationale, Genosse Karl Heinz (Wien).

Tosend begrüßt trat Paul Löbe an das Rednerpult. Er führte u. a. aus: „Ich marschierte an der Spitze des Zuges. Da riefen mir zwei Kommunisten zu: „Rot Front!“ Ich habe ihnen geantwortet: „Hier kommt sie, die rote Front.“ Seht diese Menschen, lauter Proletarierkinder, es gibt keine größere rote Front in Deutschland. Ihr könnt stolz sein auf eure Leistung, geht hin in alle Welt und lehret alle Klassengenossen die Idee des Sozialismus.“ Dann wurde das große Jugendtagsfestspiel „Das Weitenrad sind wir“ von den 600 Teilnehmern des zweiten Reichszellagers der SAJ. und dem Hamburger Sprechchor aufgeführt. Das Spiel schließt mit einer hinreißenden Huldigung vor dem roten Banner. Alle Zuhörer erheben sich wie auf einen Schlag und singen gemeinsam vieltausendstimmig die Internationale. Der Jugendtag ist aus.

Das Gemeinschaftserlebnis des Frankfurter Jugendtages ist eine gewonnene Schlacht für den Sozialismus. In Frankfurt sind unsere Kräfte ungeheuer gestärkt worden. Mehr als einmal hörten wir von alten und jungen Arbeitern, erfüllt von diesem großartigen Ereignis: „Jetzt halten wir aus, was immer auch kommt!“ Gustav Weber.

Aus unserer Bewegung

Berlin. In der Generalversammlung am 21. August führte Kollege Ortman zum Geschäftsbericht u. a. aus: Das 2. Quartal stand im Zeichen der Betriebsrätewahlen, der Arbeitszeitverkürzung, des Lohnabbaues und der Notverordnung. Die Betriebsrätewahlen haben ein recht befriedigendes Ergebnis gezeigt. Die Arbeitszeitverkürzung ist außer in den Gemeindebetrieben auch in den verschiedensten Privatbetrieben durchgeführt worden mit dem Ergebnis, daß Arbeitslose eingestellt werden konnten. An Angriffsbewegungen konnten 2 mit 260 Beteiligten mit Erfolg durchgeführt werden, so daß noch eine Lohnerhöhung von 156,30 Mk. pro Woche erreicht werden konnte. Im übrigen standen alle Bewegungen unter dem Druck der wirtschaftlichen Depression, die immer neue Entlassungen mit sich brachte. An Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellungen mußten 47 mit 35 931 Beteiligten eines Tarifvertages zumuten, 10 Mark unter dem Tariflohn zu arbeiten. Der von den Unternehmern so provozierte Abwehrstreik ging dennoch nach hartnäckigem Kampfe verloren, da sich reichlich Arbeitswillige dem Unternehmertum zur Verfügung stellten, die für den angebotenen Lohnsatz von 48 Mk., während der Tariflohn 58 Mk. betrug, die Arbeit aufnahmen. Der Streik im Schieferwerksgewerbe wurde zwar mit Erfolg beendet, aber einige Kollegen blieben auf der Strecke. Da Wiedereinstellungsverhandlungen ohne Ergebnis blieben, sind die Gerichte zur Entscheidung angerufen worden. Neben den Angriffen der Unternehmer haben wir uns auch gegen die Angriffe der R.G.O. zu wehren, die ihre besonderen Leistungen darin erblickt, die in den Organisationen führenden Kollegen herunterzureißen, um sie in den Augen der Mitglieder herabzusetzen.

Man will durch Verbreitung unwahrer Gerüchte den Bruderkampf in die Reihen der Arbeiterklasse hineinbringen, um möglichst das letzte Bollwerk der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, zu zerstören bzw. zu zerschlagen. Ein klassisches Beispiel dafür bietet die von der R.G.O. neu ins Leben gerufene Organisation für Hafenarbeiter, Binnenschiffer und Wasserbauarbeiter. Das uns vorliegende Statut regelt zwar den Beitrag der Mitglieder, der u. a. 90 Pfg. pro Woche beträgt, stellt aber die Zahlung von Streik- und Gemäßregelunterstützung in das Ermessen des Ortsvorstandes, der nach Lage der Verhältnisse entscheidet. Da in den R.G.O.-Kassen eine sprichwörtliche Ebbe vorhanden ist, so dürfte auch die im Statut vorgesehene Streik- und Gemäßregelunterstützung, wenn überhaupt, dann in ganz bescheidener Höhe gezahlt werden. Kranken-, Arbeitslosen-, Umzugsunterstützung u. dgl. kennt man bei der R.G.O. nicht. — Zum Kassenbericht führte Kollege Zietemann aus, daß infolge der schlechten Wirtschaftslage auch in diesem Quartal eine Einnahmeverminderung festzustellen ist. Die Beitragsrückgänge geben allerdings noch keinen Anlaß, die Entwicklung der Organisation als kritisch anzusehen. Das 2. Quartal ist, wie bekannt, in jedem Jahre dasjenige, das gegenüber den anderen Quartalen zurückbleibt. Wir glauben auch im 3. Quartal wieder gesteigerte Einnahmen verzeichnen zu können, da an der Ausgabenseite verschiedentlich Ersparnisse gemacht werden konnten und nach Beendigung der Urlaubszeit auch die Beitragsentrichtung wieder eine bessere wird. Der Kassierer wendet sich besonders an die Delegierten mit dem Hinweis, daß im September mit der Buchkontrolle begonnen werden soll und daß jeder einzelne Kollege bestrebt sein möchte, die Mitgliedsbücher bis zur Einziehung in Ordnung zu bringen. — In der Diskussion wird die Lohnabbau-Notverordnung, die erneute Verschlechterungen des Lebensstandards der arbeitenden Klasse im Gefolge hat, einmütig verurteilt.

Weißensfels. Die Ortsverwaltung veranstaltete kürzlich im Lichtspielhaus „Filmpalast“ einen großzügigen Werbeabend für den Gesamt-Verband und die genossenschaftliche Bewegung. Mit dem Erfolg können wir zufrieden sein, war doch das über 500 Plätze fassende Theater weit über die Hälfte gefüllt. Zur Einleitung brachte der Meinelische Männerchor des Arbeiterjüngerbundes „Empor zum Licht“ und „Tord Foleson“. Hierauf ergriß Genosse Meinel das Wort zu seinem Referat: „Konsumverein als Wirtschaftssystem“. Seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes: Die Konsumvereinswirtschaft ist frei von persönlichem Profitstreben, sie stärkt die Wirtschaft ihrer Mitglieder und bildet von den Ueberflüssen Stärkung des Betriebskapitals und Sozialkapital. Das Wachstum der Konsumvereine beweist die Richtigkeit der Idee. Der Weg ihrer Entwicklung führt zur Gemeinwirtschaft, zum Sozialismus. Von der bloßen Aufgabe der Warenverteilung sind die Konsumvereine heute zur Erzeugung eines Teils wichtiger Bedarfsgüter gekommen. Der weitere Ausbau der Konsumvereinswirtschaft hängt von der wachsenden Erkenntnis der Arbeiterklasse in starkem Maße ab. Je mehr wirtschaftliche Einsicht den Arbeiter zwingt, über die Zusammenhänge in der Wirtschaft nachzudenken, um so mehr muß das Ergebnis dieses Nachdenkens sein, daß als wichtigstes Mittel zur Erreichung besserer Gesellschaftszustände die Schaffung guter wirtschaftlicher Verhältnisse gehört. Dahin wirken die Konsumvereine. Darum: „Hinein in den Konsumverein.“ — Es folgte dann die Vorführung des siebenaktigen Filmwerkes „Brüder“, eingeleitet mit dem Gesang „Brüder zur Sonne“. Dieses gewaltige Werk, welches eine Episode aus dem Hafnarbeiterstreik von 1896 darstellt, ist wohl wie kein anderes dazu geeignet, die einstigen Zustände unter dem wilhelminischen Regime, wuchtig und eindrucksvoll zu schildern. Wir werden hineinversetzt in eine Hafnarbeiterfamilie, deren Ernährer für einen Hundelohn oft 36 Stunden schuften muß. Dazu kommen andauernde Krankheit der Frau und die geradezu himmelschreienden elenden Wohnungsverhältnisse. Brutalste Ausbeutung der Profitherren zwingt die Arbeiter zum letzten Mittel, zum Streik. Und jetzt erleben wir die schikanösesten Methoden einer damaligen Polizei, die rücksichtslos auf Befehl ihres kaiserlichen Hampelmanns gegen die streikenden Arbeiter vorgeht. Bruder wird gegen Bruder eingesezt, bis das Solidaritätsgefühl erwacht und den einen zur Quittierung seines Dienstes bei der Polizei veranlaßt. Der Kampf der Arbeiter ist inzwischen, infolge mangelnder Geschlossenheit, zusammengebrochen. Der Führer ist zu langjähriger Kerkerhaft verurteilt. Nach dessen Beendigung wird er von seinen einstigen Arbeitsbrüdern erwartet. Mit dem Gelöbnis, alles zu tun, um die Geschlossenheit der Arbeiterklasse herbeizuführen, schließt diese Handlung ab. 30 Jahre später zieht die neue Zeit an uns vorüber, 8 Stunden Arbeit, soziale Einrichtungen, menschenwürdige Wohnungen, verkörpert im modernen gemeinnützigen Siedlungsbau, tarifliche Entlohnung verbunden mit den neuesten Fortschritten der modernen Technik, lassen uns deutlich erkennen, welchen gewaltigen Fortschritt wir der Geschlossenheit der Arbeiterklasse zu verdanken haben. Kein anderes Werk könnte den Zerstörer der gewerkschaftlichen Bewegung eindringlicher vor Augen geführt werden, um ihnen das Schädliche ihres Tuns klarzumachen, als dieses. — Im weiteren Verlauf des Abends wurde der Film „Berliner Stadt- und Verkehrsbilder, der Gründungstag des Gesamt-Verbandes“ gezeigt. Einleitend erleben wir einen Ueberblick über den Stand

der modernen Verkehrsmittel einer Großstadt. Im Anschluß hieran die Verhandlungen, welche zum Zusammenschluß der größten Verbände im Gesamt-Verband führten, und zum Schluß die erhebende gemeinsame Zusammenschlußtagung des Gesamt-Verbandes. Beifall zeugte auch hier, daß die Kollegen mit dem in vorzüglich gelungenen Bildern Gezeigten zufrieden waren. Mit dem gemeinschaftlichen Gesang „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ schloß dieser eindrucksvolle Abend.

RUNDSCHAU

Die Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, die Ende September 1931 in Nürnberg tagen sollte, ist bis zum Frühjahr 1932 verschoben worden.

Kapitalistischer Widerstand. In der ganzen Welt leidet die breite Masse der Bevölkerung Not, darbt und hungert, ist der Verzweiflung nahe. Güter und Waren, mit denen die Not gelindert werden könnte, sind im Ueberfluß vorhanden. In einer geordneten, nach Bedarf produzierenden Wirtschaft würden die im Ueberfluß vorhandenen Güter der breiten Masse zugeleitet werden. Das kapitalistische Wirtschaftssystem aber weiß sich nicht anders zu helfen, als daß es die Güter vernichtet, um durch die künstlich herbeigeführte Verknappung des Warenorrats einen Druck auf die Preise ausüben zu können. Damit die Preise steigen, verbrennt man Baumwolle, vernichtet Zucker und Tee, läßt man das Getreide auf den Feldern verfaulen. In den Vereinigten Staaten sind die Farmer angewiesen worden, ein Drittel der diesjährigen Baumwollernte zu vernichten. Das bedeutet, daß rund vier Millionen Ballen, die ausreichen, die deutsche Baumwollindustrie auf Jahre mit Rohstoff zu versorgen, einfach vernichtet werden. Solche Widersinnigkeiten sind übrigens nicht selten. In einer Beilage des „Berliner Tageblatt“ lesen wir:

„In Ceylon pflückte man von jeder Teeplanze statt drei nur zwei Blätter und drückte dadurch im Jahre 1930 die Ernte um 75 Millionen Pfund herunter. In Griechenland verbot man schon 1924 die Rebanpflanzung von Korinthen, und Ende 1909 wurde durch Gesetz die Ausrodung von Weinbergen angeordnet. Bis 1913 wurden aus diesem Grunde 300 000 Hektar vernichtet. In Brasilien ließ man 400 Millionen Kaffeestängel gehen und verringerte dadurch die Produktion auf 15 Millionen Sack, von denen man glaubte, daß sie genügen, um ausreichende Preise zu sichern. Der Ueberfluß an Diamanten wird in weitausläufigen Bankläden verkauft, ein Flugzeug bringt wöchentlich dreimal ganze Säcke davon nach Kapstadt, wo sie spurlos verschwinden, damit der Preis dieses kostbaren Steins sich hält. In Brasilien vernichtet man mehr Kaffee, als überhaupt getrunken wird, und ganze Pfefferernten senkt man ins Meer. 60 000 Sack Kaffee sollen vom brasilianischen Kaffee-Valorisierungsinstitut zum Düngen verwendet werden, um den Markt zu entlasten. Die Holländisch-Indische Handels-Gesellschaft ließ Tausende von Zentnern Geräusche verschwinden, nur um den Preis zu halten. Amerika und Ägypten verbrannten früher Baumwolle, und daß man in der Neuen Welt die Lokomotiven mit Weizen heizte, klingt wie ein Hohn auf Hungernot und Elend in anderen Weltteilen.“

Deutlicher kann die Widersinnigkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft nicht bewiesen werden. Darin kommt die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Menschheit zufriedener zu machen, zum Ausdruck. Dieses System, das künstlich die Not steigert, um Geschäfte machen zu können, ist überreif zum Abbau. E. A.

Vaterlandsdienst am Stammtisch

Sechs ältere Herren saßen beim Bier
In der Wirtschaft „Zum goldenen
Lamm“.

Sie saßen in Rauch und Stimmengewirr,
Bis jeder zum Worte kam.

Die Tafel kirzte, mit einem Auf
Stand Raier auf beiden Füßen.
Schnell nahmen alle noch einen
Schluck,

Militärisch sah man sie grühen.

„Meine Herren, dieser Verfallener
Vertrag“

(Die Schmissle zuckten ihm im Gesicht),

„Meine Herren, es kommt einmal
der Tag!

100 000 Mann doch genügen nicht!“

Alle griffen begeistert zum Bier
Und standen wie Bildsäulen starram,
Wohl jezt ein richtiger Offizier,
Herr Kunze, zum Worte kam.

Der Schnarzte: „Sänger schweigen?
Gemeiner Hochverrat! [zeigen!
Gottverdammte Polen! Endlich
Remarque? Psiui! Kein deutscher
Soldat!“

Schließlich sprach noch ein Apotheker
Von Tapferkeit und Kriegertugend,
Ein Pfarrer pries die Bombenleger
Als Vorbild einer teutschen Jugend.

Vor auf ein Herr der Industrie
Mit Nachdruck und mit Wucht
Erläuterte: „Die Sach' ist die:
Der Jugend fehlt's an Nach!“

„Der deutsche Kommiss, der muß
wieder her!“

Ein Arbeitsdienstpflüchtjahr!
Gesah für unser Militär
Und so, wie's früher war!“

Fünf Männer strangen da auf vom
Tisch

Und standen wie Denkmäler da.
Der Ober füllte die Gläser frisch,
Dazwischen schrie man: Hurra!

Dann sangen sie alle ein deutsches
Lied.

Noch immer wurd: getrunken.
Doch der sechste Mann, der sang
nicht mit,

Der war unter den Tisch gesunken.
E. A.